

*Forschungsbereich*  
*Rumänisch*



PETREA LINDENBAUER, MICHAEL METZELTIN,  
HOLGER WOCHLE / WIEN

DER ZIVILISATIONSWORTSCHATZ IM  
SÜDOSTEUROPÄISCHEN RAUM 1840–1870  
DER RUMÄNISCHE VERFASSUNGSWORTSCHATZ

ABSTRACT

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Bedeutung der Einführung der modernen Verfassungen für die Entwicklung des Zivilisationswortschatzes im südosteuropäischen Raum. Eingangs wird eine Skizzierung des Gesamtprojekts in seinen historischen und methodologischen Aspekten geliefert. Es folgt ein Überblick über die Geschichte der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen Rumäniens, insbesondere im 19. Jahrhundert, die eine Voraussetzung für das Verständnis der komplexen Modernisierung der rumänischen Sprache bildet. Desgleichen wird eine Übersicht über die Geschichte der Gesetzgebung und der staatlichen Verwaltung in den rumänischen Ländern gegeben. Diese Kontextualisierungen führen zur Aufstellung einer größeren Reihe von modernen staatsrechtlichen Begriffen, die als Kernbegriffe für die vorliegende sprach- und mentalitätsgeschichtlich orientierte Studie dienen. Als Beispiel für die Gestaltung der so intendierten Wortgeschichten, wie sie im Gesamtprojekt auszuführen wären, dient die ausführliche Ausarbeitung der Geschichte des Begriffes ‚Freiheit‘ in den rumänischen Ländern in all seinen semantischen Ausdifferenzierungen.

I. SKIZZE EINES FÄCHERÜBERGREIFENDEN PROJEKTES ÜBER DEN  
SÜDOSTEUROPÄISCHEN RAUM

*1.1. Einleitung*

Im Zuge der nationalstaatlichen Entwicklungen im 19. Jahrhundert erfährt die Entwicklung vieler Sprachen in Europa eine neue Dynamik der Standardisierung (cf. *LRL* Art. 511). Dies gilt insbesondere auch für die Schriftsprachen im Südosten Europas. Die Eliten, die im südosteuropäischen Raum versuchen, moderne Nationalstaaten zu gründen und aufzubauen, distanzieren sich mehr oder weniger stark von ihrer jüngsten osmanischen und öster-

reichisch-ungarischen Vergangenheit und orientieren sich an westlichen, vor allem französischen Denk- und Sprachmodellen. Dies führt zum modernen Ausbau der so genannten Balkansprachen, dessen wirklicher Vorgang die (vergleichende) Sprachwissenschaft bisher nicht erfasst hat. Gerade durch diesen Ausbau, der vor allem mit den neuen Konzeptionen des Aufbaus und der Funktion des Staates zusammenhängt, sind neue Ähnlichkeiten der Balkansprachen einerseits untereinander, andererseits mit den westeuropäischen Sprachen entstanden, Ähnlichkeiten, die eine Voraussetzung für eine europäische Integration sind.

### *1.2. Thesen zur Relevanz eines sprachübergreifenden Projektes*

- Der südosteuropäische Raum ist ein gewichtiger Teil Europas.
- Im südosteuropäischen Raum kommen immer wieder sehr verschiedene Weltanschauungen und Kulturen zusammen, für die Möglichkeiten des Koexistierens gefunden werden müssen. Derartige „Suchen“ sind relevant für das Modellieren der Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Integration von Kulturen.
- Die Transformation von Weltanschauungen und Kulturen in Europa vom Ancien Régime zur Nationalstaatlichkeit lässt sich sehr gut vergleichend und kontrastierend im südosteuropäischen Raum im 19. Jahrhundert untersuchen.
- Die Zivilisation der Nationalstaatlichkeit bestimmt immer noch das heutige Europa. Um das Wesen, die Vorteile und die Nachteile dieser Art von Zivilisation zu erfassen, ist die Untersuchung typischer Begriffsbereiche von Relevanz. Ein begrifflicher Kernbereich dürften die neuen Konzeptionen der Staatlichkeit sein, um deren Verwirklichung wir uns bis heute bemühen müssen.
- Die neuen Konzeptionen der Staatlichkeit finden ihren grundsätzlichen Ausdruck in der Gesetzgebung. Die grundlegende Gesetzgebung der Nationalstaatlichkeit sind die Verfassungen. Diese können daher den Rahmen geben, um ein abgrenzbares und überschaubares Begriffsfeld festzulegen. Da alle neuen Staaten auch im südosteuropäischen Raum versuchen, sich verfassungsmäßig zu organisieren, erlaubt die Untersuchung der Verfassung gleichzeitig einen neuartigen Vergleich, wie ähnlich oder verschieden neue Konzeptionen eingeführt, interpretiert und realisiert werden können. Eine derartige vergleichende Untersuchung führt zum Verständnis der Schwierigkeiten, wie neue Konzeptionen flächendeckend eingeführt werden können, und zugleich zu einem besseren, weil globaleren Verständnis der Entwicklungen im südosteuropäischen Raum. Wichtig ist dabei, die Nicht-Simultaneität der Entwicklungen zu beachten.

### *1.3. Perspektivierung des Projektes*

- Aus pragmatischen Gründen wird aus dem Gesamtbereich dessen, was unter Zivilisationswortschatz subsumiert werden kann, ein ideeller und für jede Staatsgründung zentraler Begriffsbereich gewählt; ausgeklammert bleibt die Untersuchung von Wortschatzbereichen, die die materielle Zivilisation betreffen.
- Die Untersuchung ist von ihren Grundlagen her eine sprachwissenschaftliche, weil sie sich grundsätzlich mit sprachlichen Gebilden – Begrifflichkeiten und deren Verwortungen – befasst. Sie ist aber zugleich transdisziplinär, weil sie nicht nur verschiedene Sprachen betrifft, sondern vor allem weil sie historische, juristische, ökonomische, soziologische Aspekte unter dem gemeinsamen Nenner der Wort- und Begriffsgeschichte integriert. Vergleichende Begriffsgeschichte ist für den südosteuropäischen Raum bisher eher vernachlässigt worden.
- Vergleichende Wort- und Begriffsgeschichte kann nur im Rahmen soziohistorischer Kontextualisierung durchgeführt werden.

### *1.4. Kontextualisierungsmomente*

Für die einzelsprachliche und vergleichende Rekonstruktion der ausgewählten Begriffe und von deren Verwortungen dürften folgende Kontextualisierungsmomente von Bedeutung sein:

1. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im südosteuropäischen Raum von ca. 1780 bis 1918 im Allgemeinen.
2. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im südosteuropäischen Raum von ca. 1780 bis 1918 in den einzelnen Ländern (unter „Länder“ verstehen wir hier prinzipiell historisch gewachsene Kulturräume, die später sich auch als administrative oder politische Einheiten gebildet haben):
  - Rumänische Fürstentümer, Rumänien
  - Kroatien, Slawonien, Dalmatien; Bosnien, Herzegowina
  - Serbien, Montenegro
  - Bulgarien
  - Griechenland
  - Osmanisches Reich
3. Die Textualisierung und Verbreitung neuer Staatskonzeptionen (Ständerecht vs. Verfassungsrecht) wie sie u.a. in folgenden Texten ihren Niederschlag finden:
  - Die Menschenrechte von 1791, 1793 und 1795

- Die amerikanischen *Bills of Rights* und die amerikanische Verfassung von 1787
  - Die französischen Verfassungen von 1791, 1793, 1795, 1830 und 1848
  - Der *Code Napoléon* von 1804
  - Die spanische Verfassung von Cádiz von 1812
  - Die belgische Verfassung von 1831
  - Charles Alexis Tocqueville (*De la démocratie en Amérique*, 1835–1840) und John Stuart Mill (*Principles of political economy*, 1848)
- Zu untersuchen ist, inwiefern diese Texte Modellcharakter für den südosteuropäischen Raum gehabt haben. Zu untersuchen wären auch der Erneuerungscharakter und die konzeptionellen Grenzen dieser Texte.
4. Revolutionäre und/oder Befreiungs-Bewegungen in Westeuropa von 1789 bis 1848, die als Beispiel gewirkt haben können:
    - Frankreich (1789, 1830, 1848)
    - Spanien (1820)
    - Italien (Carboneria 1820, Mazzini 1830/1831, Lombardei 1848)
    - Österreich, Ungarn (1848)
  5. Revolutionäre und/oder Befreiungs-Bewegungen im südosteuropäischen Raum:
    - Rumänische Fürstentümer (1821, 1848)
    - Die Haltung Kroatiens 1848
    - Serbien (1804, 1814–1816)
    - Bulgarien (1876)
    - Griechenland (1769–1774, 1803, 1821)
  6. Rezeptionstendenzen
 

Die neuen Staatskonzeptionen, die Revolutionen und die Befreiungsbewegungen werden über verschiedene Kanäle und mehr oder weniger intensiv in den verschiedenen Ländern rezipiert. Es stellen sich daher folgende Fragen:

    - Wie werden die neuen Staatskonzeptionen, die neuen Verfassungen und die revolutionären und Befreiungsbewegungen in der Presse, in Büchern und auf Bildern berichtet und dargestellt?
    - Welche Reformbewegungen zeitigen die revolutionären und Befreiungsbewegungen?
    - Welche Terminologie wird dafür verwendet?
    - Welche Begriffe werden eigens besprochen?

Diese Rezeptionstendenzen sollten zuerst in den einzelnen Ländern (in obigem Sinne) untersucht werden:

    - Rumänische Fürstentümer, Rumänien
    - Kroatien, Slawonien, Dalmatien; Bosnien, Herzegowina
    - Serbien, Montenegro

- Bulgarien
- Griechenland
- Osmanisches Reich

## 7. Die Modernisierung der staatstragenden Gesetzgebung im südosteuropäischen Raum

Der Aufbau moderner Nationalstaaten führt zu einer schnellen Entwicklung der staatstragenden Gesetzgebung bis zur Gestaltung der ersten modernen Verfassungen (von ca. 1780 bis 1918). Die Entwicklung ist aber keine abrupte, sondern alte Vorstellungen und Terminologien stehen eine Zeit lang in Konkurrenz. Für eine begriffsgeschichtliche Betrachtung sind daher folgende Fragen relevant:

- Welche Statuten, Verfassungsversuche, Verfassungen aufgrund welcher Traditionen und Modelle hat es gegeben?
- Welches ist die inspirierende Weltanschauung?
- Welche Rolle spielt die Religion?
- Wie sind die Texte strukturiert?
- Woher stammt die jeweils verwendete Terminologie?

Eine zuerst länderspezifische Betrachtung wird es dann erlauben, die allgemeinen Tendenzen, die Ähnlichkeiten und die Unterschiede festzustellen.

## II. POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN RUMÄNIEN 1780–1918

### *II.1. Allgemeine Problematik*

Der unserer linguistischen Untersuchung zu Grunde gelegte Zeitausschnitt umfasst die moderne, neuzeitliche Epoche der Geschichte der rumänischen Länder. Diese wird, mit mehr oder weniger Übereinstimmung als jene Zeit angesehen, in der Rumänien als moderner Staat entsteht. Die genaue Angabe des Beginns der modernen Epoche variiert unter den Historiographen. Der anglo-amerikanische Historiker Keith Hitchins z.B. nennt als epochalen Zeitschnitt für den Beginn des modernen Rumänien das Jahr 1774 (1996: *Introduction*), während die rumänischen Autoren Constantin Giurescu und Dinu Giurescu die Zeit von 1821 bis 1918 als Epoche der Bildung des modernen rumänischen Nationalstaates betrachten (Giurescu/Giurescu 1977:239). Auf jeden Fall kann man für Rumänien das 19. Jahrhundert als eine Zeit annehmen, in der die rumänischen Länder für ihre politische Unabhängigkeit kämpfen und sich der moderne rumänische Nationalstaat generiert. Unter den rumänischen Ländern versteht man in erster Linie die historisch gewachsenen Donaufürstentümer der Moldau und der Walachei einerseits und andererseits das (Groß-) Fürstentum Siebenbürgen/Ardeal/Transsilvanien. Zu beachten ist allerdings, dass die Grenzen dieser Länder mehr oder weniger großen Verschie-

bungen unterlagen. Das heutige Siebenbürgen umfasst neben dem Gebiet des ehemaligen Fürstentums um die Städte Braşov/Kronstadt, Sibiu/Hermannstadt, Cluj/Klausenburg, Alba Iulia/Karlsburg und Sighişoara/Schäßburg die von Ungarn gleichfalls an Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebiete Maramureş (Maramuresch), Crişana (Kreischgebiet) und östliches Banat (cf. Kolar 1997:11; Schmidt-Rösler 1994). Der Prozess der Nationalstaatsbildung gipfelt nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918/1919 in der Bildung Großrumäniens, der *Marea Unire*. Hiermit gemeint ist der Zusammenschluss Bessarabiens, der Bukowina und Siebenbürgens i.o.S. mit dem Königreich Rumänien in der *România Mare* (Großrumänien).

Alle drei großen Provinzen haben sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder politisch wie auch kulturell stark reziprok beeinflusst, obwohl das heute zu Rumänien gehörende, aber epochenweise unter ungarischer und österreichischer Staatshoheit stehende Siebenbürgen eine politisch unterschiedliche Geschichte zu jener der Donaufürstentümer erlebte. Die historischen Ereignisse in den drei Fürstentümern waren oftmals von überregionaler/transnationaler Bedeutung und somit eine Prämisse für die Entstehung des modernen rumänischen Staates. Hierbei können genannt werden z.B. die früheste, wenn auch kurzlebige Vereinigung der drei Fürstentümer (1600–1601) unter dem Fürsten der Walachei Mihai Viteazul (Michael der Tapfere, 1593–1601) oder die wiederholten Allianzen der Landesherrscher im Widerstand gegen die frühe Bedrängnis durch die Hohe Pforte wie die Bündnisse des Fürsten Transsilvaniens Georg II. Rákóczi (1648–1660) mit den Fürsten der Moldau und der Walachei. Ebenfalls von großem Einfluss war die Verbreitung auf beiden Seiten der Karpaten des Geistesguts der *Şcoala Ardeleană*, der so genannten Siebenbürger Schule, die die Latinität des Rumänischen und die Autochthonie der Rumänen gegenüber den anderen „Nationen“ (d.h. Ungarn, Sachsen und Szekler) Transsilvaniens betonte. Die transstaatliche gemeinrumänische Vorstellung spiegelt sich auch in manchen Titeln früher Zeitungen wider, wie im *Curierul românesc* (Der rumänische Kurier) und in der *Albina românească* (Die rumänische Biene, 1829) (Berindei 1998:199).

Der heutige rumänische Staat ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen staatspolitisch äußerst schwierigen Prozesses. Wie der Balkanraum insgesamt, waren auch die historischen rumänischen Länder über Jahrhunderte hinweg und bis ins 20. Jahrhundert, wie es der Balkanologe Michael W. Weithmann in seinem Werk *Balkanchronik* zum Ausdruck bringt, „Schachbrett der Großmachtdiplomatie“, in der die an Rumänien angrenzenden Großmächte Ungarn, Polen, Habsburg, die Hohe Pforte und später auch Russland ihre ureigenen Interessen ausfochten (1995:182). Bis zur Bildung Großrumäniens im Jahre 1918/1919 findet eine Reihe von Kriegen zwischen den Großmächten,



vor allem zwischen der Türkei, Österreich und Russland statt. Leidtragende sind dabei oftmals die rumänischen Länder, deren Territorien immer wieder militärisch besetzt werden bzw. teilweise als Kompensationen für erlittene Verluste der Großmächte verhandelt werden. Das aktive politische Interesse der Großmächte an den rumänischen Ländern wird auch dokumentiert durch die Ernennung und den Einsatz von Konsulaten seit Ende des 18. Jahrhunderts. So nehmen russische Konsuln 1782 und 1784 in Bukarest und Jassy/Iași ihre Tätigkeit auf, der erste österreichische Konsul in Bukarest wird 1783 ernannt, die ersten französischen Konsuln in Bukarest und Jassy werden gegen die Jahrhundertwende tätig und, nach einem Aussetzen für einige Jahre, erneut ab 1803 (Hitchins 1994:45–49).

Die Donaufürstentümer hofften nach dem Sieg Russlands über Napoleon zunächst auf russische Unterstützung, um die osmanische Suzeränität abzuschütteln. Als Russland dann die erdrückende Position der Türkei übernahm, wandten sich die rumänischen Politiker der Moldau und der Walachei stärker anderen Bündnispartnern zu. In diesem Sinn müssen die damaligen diplomatischen Handlungen und die sozialen und kulturellen Strömungen und Entwicklungen der rumänischen Länder interpretiert werden.

Eine Reihe von markanten historischen Ereignissen außerhalb und innerhalb der heutigen rumänischen Staatsgrenzen markieren Meilensteine des Weges der rumänischen Länder in ihre Autonomie und ihre vollständige Unabhängigkeit: die Rezeption der Ideale der Französischen Revolution von 1789, die Revolution von Tudor Vladimirescu (1821), die Revolution von 1848–1849, die Vereinigung der beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei (1859) und schließlich die Bildung Großrumäniens 1918/1919.

Die Zeit der Genese des modernen Rumänien ist auch in kultureller Hinsicht in sehr charakteristischer Weise geprägt. Mit der allmählichen Dekadenz der Hohen Pforte treten Länder wie Russland, Österreich und vor allem Frankreich als Modelle vor. Es finden so eine bewusste Loslösung der Rumänen von einem stärker orientalisch geprägten Weltbild und ihre Hinwendung zu westeuropäischen Lebensmodellen statt. Schon vor der Revolution von 1848 konstatierten Reisende, die die Moldau und Walachei besuchten, Einflüsse der und Interessen an der westeuropäischen Welt, vor allem von und an Frankreich. Die Landesfürsten ersetzten erstmalig ihre orientalische Kleidung durch eine moderne Militäruniform, und in den Städten kam in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Mode auf, sich mit deutscher Kleidung zu zeigen (Berindei 1998: 199–200). Diese Verwandlung wird sehr plastisch auch in den Schriften von Alecu Russu dokumentiert, so zum Beispiel in seiner *Studie moldovană* aus dem Jahre 1851, in der es u.a. heißt:

„Arma întâi și cè mai grozavă care a bătut cetatea trecutului a fost schimbarea portului vechi. Straiul făcea omul; feliul hainei modelează trupul și

mintea, și întipărește din părinți în fii tradițiile și obiceiurile. Precuvîntarea istoriei moderne a țărilor române este neapărat schimbul portului; țivilizația de astăzi este fapta logică a părăsirei hainilor vechi; ideea nouă a năvălit în țară o dată cu pantalonii, și mai strașnici decît năvălirile tătărești, în cît ai scăpăra, au pîrjolit șacșiri, șlicuri, mestii, giubele și toată garderoba strămoșască.“ (Die erste und die schrecklichste Waffe, die die Festung der Vergangenheit beschossen hat, war der Wandel der alten Tracht. Das Gewand machte den Menschen; die Art der Kleidung formt den Körper und den Geist und prägt von den Eltern zu den Kindern die Überlieferungen und die Bräuche ein. Die Einleitung der modernen Geschichte der rumänischen Länder ist unabdingbar die Veränderung der Tracht; die heutige Zivilisation ist die logische Tat des Aufgebens der alten Kleidungen; die neue Idee ist in das Land eingefallen zusammen mit den Beinkleidern, und gewaltiger als die Einfälle der Tataren haben sie im Nu die türkischen Pluderhosen, die Wollmützen, die türkischen Filzüberschuhe, die langen Oberkleider und die ganze altererbte Garderobe versengt.)

Im Zuge dieses Wandels entsteht auch eine neue, national ausgerichtete Literatur, erstmals (mit den Autoren Vasile Alecsandri und Alecu Russo) auch ein rumänisches Nationaltheater, was auch von Mihai Kogălniceanu in seiner Einleitung zur Zeitschrift *Dacia literară* (Literarisches Dakien, 1840) gefordert wird. Zuerst werden allerdings viele, vor allem französische und deutsche Texte übersetzt und die westlichen Modelle der rumänischen Situation angepasst (z.B. von Constantin Negruzzi). Allerdings fordert schon Mihai Kogălniceanu in der Einleitung zu *Propășirea* (Der Fortschritt, 1844) weniger Übersetzungen und eigene rumänische Kreationen. Es entsteht auch ein rumänisches Pressewesen. Zum ersten Mal werden rumänisch-sprachige Tageszeitungen wie die schon zitierten *Curierul românesc* und *Albina românească* (1829), *Gazeta de Transilvania* (1838), aber auch Zeitschriften historischen Inhalts wie das *Magazin istoric pentru Dacia* (Historisches Magazin für Dakien, 1845) publiziert.

Auf gesellschaftlich-politischer Ebene findet in den Donaufürstentümern im Laufe des 19. Jahrhunderts der Übergang von einem agrarisch geprägten und von Bojaren als Grundherren und Verwaltern beherrschten System zu einer stärker industriell und kapitalistisch wie auch allmählich bürgerlich geprägten Gesellschaft statt. Zu Anfang der Moderne (1774–1821, nach K. Hitchins) sind in den Donaufürstentümern die politischen Schlüsselfiguren die Landesfürsten (*voievod, domn*), die lange Zeit, auch unter osmanischer Suzeränität, eine fast absolutistische Macht ausüben. Die größten Landbesitzer – und daher Machtinnehabenden – sind die in sich keine Einheit bildenden *boieri* (Bojaren) und die Klöster. Die Fürstentümer sind zu schweren Abgaben an die Pforte gezwungen. Auch die Bojaren sind davon betroffen und entwickeln allmählich eine Opposition gegen die Hohe Pforte. Nur sehr langsam bildet sich

ein Bürgertum heraus, das ab 1875 politisch durch den immer stärker werden den *Partidul național-liberal* (Nationalliberale Partei) mit Ion C. Brătianu und Constantin A. Rosetti an seiner Spitze repräsentiert wird. Dieser stellt die Opposition zu dem konservativ geprägten *Club Conservator*, dessen erster Vorsitzender Emanoil Costache Epureanu war und aus dem 1880 der *Partid conservator* mit Lascăr Catargiu als Präsidenten hervorging. Er vertrat eher die *moșierii* (Landbesitzer) und die alten Bojarenfamilien. Durch den Aufschwung der Industrie entsteht in Rumänien eine Arbeiterschaft, die 1893 mit dem *Partidul Social Democratic al Muncitorilor din România* (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens) ihre politische Vertretung gründet.

Eines der größten innenpolitischen Probleme des 19. Jahrhunderts in Rumänien ist die Agrarfrage. Es geht dabei um die Befreiung der Leibeigenen (*iobagi, rumâni, vecini*), um die Vergabe von Landbesitz an die Bauern und um die Entschädigung der Enteigneten. Hiermit zusammen hängt auch die Stellung der von orientalisches-östlichen Kirchenhierarchien überwachten und unterstützten Klöster Rumäniens. Unter dem ersten gemeinrumänischen Herrscher Alexandru Ion Cuza (1859–1866) werden im Jahre 1863 alle Klostergründe verstaatlicht (Säkularisierung). Wirtschaftlich erlebt das neue Rumänien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Aufschwung. Seit dem Vertrag von Adrianopel (1829) sind die Donau, das Schwarze Meer, der Bosphorus und die Dardanellen für die Rumänen frei navigierbar. Im Jahre 1848 wird für Muntenien und die Moldau die Zolleinheit festgelegt. Es entstehen die ersten rumänischen Geldinstitute (wie z.B. die *Banca Națională a României*, Bukarest, 1880; die Bank „Albina“, Sibiu/Hermannstadt, 1871). Es werden neue Kommunikationswege und -mittel ausgebaut (Einweihung der Eisenbahn-Linie Bukarest–Giurgiu 1869). Es floriert insbesondere der Getreideexport (cf. Giurescu/Giurescu 1977:257–260).

## II.2. Die revolutionären Bewegungen in den rumänischen Ländern

Für das genauere Verständnis der Entwicklung der neuen Konzeptionen, die den modernen Nationalstaaten zu Grunde liegen, ist neben dem oben allgemein geschilderten historischen Rahmen eine eingehendere Schilderung der verschiedenen revolutionären Momente und reformerischen Bestrebungen in den rumänischen Ländern unerlässlich, zumal, da die von uns untersuchten Texte in diese Momente und Bestrebungen eingebettet sind.

Aus den zwischen 1786 und 1812 stattfindenden russisch-türkischen Kriegen geht das Osmanische Reich geschwächt hervor. Russland übernimmt nach und nach den zuvor von der Hohen Pforte auf die rumänischen Länder ausgeübten Einfluss. Russische Heere besetzen mehrmals die Fürstentümer, so 1806–1812 und erneut 1828–1834. Im Jahre 1812 annektiert Russland Bessa-

rabien. Durch den Wiener Kongress (1814/15) wird die Hegemonie der west- und zentraleuropäischen Großmächte und Russlands bekräftigt. Die rumänischen Länder bleiben in ihrer bisherigen politischen Abhängigkeit, das heißt osmanische Suzeränität für die Moldau und die Walachei und habsburgische Dachherrschaft für Siebenbürgen (cf. Hitchins 1994:52–54).

Im Jahre 1821 gelingt es dem geadelten freien Bauern und Pandurenkommandanten Tudor Vladimirescu sich an die Spitze der ersten nationalrevolutionären Bewegung zu stellen (Panduren waren Hilfssoldaten, die aus Steuervorteilen Wehrdienst in den türkisch-phanariotischen Gebieten leisteten). Tudor Vladimirescu wurde zwischen 1770 und 1780 geboren und hatte es durch Viehhandel mit Siebenbürgen zu Wohlstand gebracht. Militärisch zeichnete er sich im russisch-türkischen Krieg von 1806 bis 1812 aus, an dem er auf russischer Seite teilnahm. Die revolutionären Ereignisse von 1821 in den Donaufürstentümern sind eng mit dem griechischen Freiheitskampf verbunden. Im Jahr 1814 war in Odessa die so genannte *Hetärie* (*Hetairia Philikon*, „Vereinigung von Freunden“), ein Geheimbund, gegründet worden, dessen Ziel die Vereinigung aller Balkanvölker im Kampf gegen das Osmanische Reich war. Die Bewegung wurde vom Zarenreich unterstützt. Kontaktperson zwischen dem Zaren und der Hetärie war der Grieche Ioannes Antonios Kapodistrias (1776–1831), einer der wichtigsten Ratgeber und Staatssekretär des Äußeren (1815–1822) von Zar Alexander I. Der Anführer der Hetärie war Alexander Ypsilanti (1792–1828), zunächst Offizier im russischen Dienst und Sohn des Phanariotenfürsten der Walachei, Constantin Ypsilanti (1802 bis 1807 mit zwei kurzen Unterbrechungen). Die Hetäristen hatten auch den Herrscher der Moldau, Mihai Suțu (1819–1821) auf ihre Seite gezogen. Im Januar 1821 war Tudor Vladimirescu mit zwei Vertretern der Hetärie, Iordache Olimpiotul und Farmache, eine Art politische Allianz zwischen rumänischen und griechischen Revolutionären eingegangen. Er unterhielt auch Verbindungen zu der um die politische Unabhängigkeit Serbiens kämpfenden Dynastie der Karadjordjević (Karadeorđević).

Nach dem Tod Alexandru Suțus, des Fürsten der Walachei, der hier von 1818 bis zum 18./19. Januar 1821 geherrscht hatte, konstituiert sich ein *Comitet de obləduire* (Regierungskomitee), das bis zur Wahl eines neuen Herrschers die Regierungsgeschäfte übernimmt. Ihm gehören die Bojaren Grigore Brăncoveanu, Grigore Ghica und Barbu Văcărescu an. Sie schließen mit Tudor Vladimirescu ein Abkommen, wonach letzterer den *norod românesc* (rumänisches Volk) zum Kampf aufrufen sollte, während es die Aufgabe der Bojaren war, die für die Revolution nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Revolution und der *Proclamația de la Padeș* (vgl. unten) konnten die Bojaren ihre Forderung an die Hohe Pforte rechtfertigen, der Phanariotenherrschaft in den Donaufürstentümern ein Ende zu setzen.

Am 18./19. Januar 1821 bricht Vladimirescu mit einigen *arnăuți* („Söldner“) nach Padeș auf, von wo er zum Aufstand aufruft. Er richtet sich am 23. 1. 1821 in der *Proclamația de la Padeș* (cf. Bodea 1982, I, 63–64) an alle Bewohner der Walachei und ruft sie zum Kampf gegen die Unterdrückung auf. Der Text enthält die Aufforderung an die Bauern, sie mögen die zu Unrecht erworbenen Güter und Habe der tyrannischen Bojaren – nicht aber der anderen Einwohner – für allgemeine Zwecke opfern („binele și averile cele rău agonisite ale tiranilor boieri să se jărtfească [...] pentru folosul de obște“). Dadurch ermutigt, griffen die Bauern zunächst in Oltenien die Besitztümer der Großgrundbesitzer sowie der Klöster an. Der Aufstand griff dann auch auf Muntenien sowie auf Teile der Moldau über.

Ypsilanti und die Hetäristen überschritten am 6. März 1821 den Pruth und besetzten die Moldau. Um einer möglichen Besetzung Bukarests durch die Hetäristen zuvorzukommen, begibt sich Vladimirescu nach Bukarest, wo er am 21. März eintrifft. Nachdem der Zar der Revolution die Unterstützung entzogen hatte (s. unten) verließen Grigore Brâncoveanu, Grigore Ghica und Barbu Văcărescu, die Bojaren des „Comitetul de oblăduire“, Bukarest und zogen sich nach Siebenbürgen zurück (28. März 1821). Anfang April trifft sich Vladimirescu mit Ypsilanti und beide stecken ihre Interessenssphären ab. Der Rumäne wirft Ypsilanti vor, dass der Zar den Aufstand nicht unterstützt hätte, wie Ypsilanti es versprochen hatte, und lehnt Ypsilantis Plan ab, Muntenien zum Kriegsschauplatz zu machen.

Die Rolle des russischen Zaren Alexander I. steht in Widerspruch zu seiner vorhergehenden Politik. Der zeitgleich mit den revolutionären Bewegungen in Laibach/Ljubljana tagende Kongress der Heiligen Allianz distanzierte sich von den Bewegungen Ypsilantis und Vladimirescus und entzog ihnen damit die außenpolitische Rückendeckung, die sich beide von Russland erhofft hatten. Offenbar wäre Zar Alexander I. nur dann bereit gewesen, militärisch zugunsten der Revolutionäre zu intervenieren, wenn es ein scheinbar von den Osmanen nicht mehr zu bewältigendes inneres Chaos gerechtfertigt hätte. Stattdessen autorisierte Alexander I. das Osmanische Reich, militärisch gegen die Revolution vorzugehen. Vladimirescu versuchte, die Hohe Pforte zu beschwichtigen und behauptete, seine Bewegung richte sich lediglich gegen die regierenden Phanarioten und die ausbeuterischen Bojaren, während er das Osmanische Reich seiner Treue versicherte. Eine von Vladimirescu versuchte Reform der Verwaltung scheiterte.

Am 1. Mai 1821 dringen osmanische Truppen bei Brăila auf moldauisches Territorium vor und besetzen über Giurgiu, Călărăși, Bechet und Calafat muntenisches Gebiet. Als sie sich der Hauptstadt Bukarest nähern, beschließt Vladimirescu, die Hauptstadt zu verlassen, um sich mit den militärischen Kräften der Hetärie zu vereinigen. Er schließt mit Iordache Olimpiotul eine

Vereinbarung. Dennoch beschließen die Hetäristen zusammen mit den Pandurenhauptleuten D. Macedonski und Hagi Prodan, Vladimirescu zu beseitigen. Ein Grund für die Gegnerschaft seiner eigenen Untergebenen könnte Tudors große Strenge gegenüber seinen Offizieren gewesen sein, von denen er neun wegen Vergehen hinrichten ließ. Am 21. Mai wird Tudor Vladimirescu von Hetäristen gefangen genommen und nach Târgoviște gebracht. Dort lässt Ypsilanti Vladimirescu, der Verhandlungen mit den Hetäristen ablehnte, ohne ein Gerichtsverfahren am 25./26. Mai 1821 am Stadtrand ermorden. Die Revolution war nunmehr ihres Hauptes beraubt. Das Pandurenheer zog sich nach Drăgășani zurück, wo es die osmanischen Truppen am 29./30. Mai schlagen konnte. Am 17. Juli wurde das Pandurenheer jedoch bei Slobozia besiegt, der letzte Widerstand am 20. Juli bei Tismana gebrochen. Am 6. August 1821 wurden in Bukarest die Söldner mit Bimbașa Sava an der Spitze von den Osmanen hingerichtet.

Eine Folge der Revolution von 1821 war zunächst die Besetzung der Donaufürstentümer durch das osmanische Militär, was mit einer sechzehnmonatigen Epoche der Plünderungen, Repressalien und Verurteilungen von Personen, die sich am Aufstand beteiligt hatten, einherging. Doch war durch die Revolution die „rumänische Frage“ internationalisiert worden. Im Herbst 1822 verließen die türkischen Truppen die Donaufürstentümer; die Phanariotenherrschaft war beendet und der Sultan ernannte die einheimischen Bojaren Ionița Sandu Sturdza in der Moldau und Grigore Dimitrie Ghica in Muntenien zu Fürsten. Die Griechen werden aus den Ämtern entfernt, womit die wesentlichen Forderungen der Bojaren vom Januar 1821 erfüllt waren. Unterdessen entsteht vor allem unter dem Bojaren der Moldau ein stärkeres Bewusstsein der Notwendigkeit, den Staat nach westlichen Vorbildern zu modernisieren. Einige von ihnen erstellen für den Landesfürsten eine verfassungsähnliche Denkschrift (*Cereri ... „Forderungen ...“*, bekannter unter der Bezeichnung *Constituția Cărvunarilor*), deren Forderungen wegen der Opposition der Großbojaren und der Großmächte allerdings nicht erfüllt werden konnten.

Zwischen 1821 und 1828 folgt eine kurze Epoche der politischen Entspannung zwischen Petersburg und Konstantinopel, wobei die Konvention von Akkerman (1826) die dominante Position Russlands als Schutzmacht der Fürstentümer bekräftigt. Die Aufkündigung dieser Konvention durch Mahmud II. (1827) führt zu einem erneuten russisch-türkischen Krieg, der mit dem Sieg Russlands und dem Frieden von Adrianopel (2./14. September 1829) endet. Der neue Vertrag schwächt die Position der Pforte gegenüber den Donaufürstentümern. Die Walachei erhält die Festungen (*raiale*) Turnu Măgurele, Giurgiu und Brăila am linken Donauufer zurück. Beide Fürstentümer erhalten Verwaltungsautonomie (cf. Berindei 1998:197), ihre Herrscher können auf Lebenszeit gewählt werden. Das türkische Handelsmonopol wird aufgehoben zugun-

ten des freien Handels, was eine Öffnung der europäischen Märkte für die rumänischen Erzeugnisse bewirkte. Allerdings legt der Vertrag von Adrianopel auch eine stärkere Kontrolle durch die Schutzmacht Russland fest. Die Donaufürstentümer bleiben bis 1834 russisch besetzt und auch nach Abzug der Truppen werden sie weiterhin von Russland kontrolliert. Auf Betreiben des Generals Pavel Kiseleff, bevollmächtigter Vorsitzender des moldauischen und walachischen Staatsrates (*divanuri*), werden erstmals „moderne“ Grundgesetze (*Regulamente organice*) für beide Fürstentümer aufgestellt (cf. Berindei 1998: 198).

Als sich die zaristischen Truppen 1834 aus den Fürstentümern zurückziehen, ernennen Russland und das Osmanische Reich entgegen den Bestimmungen der *Regulamente organice* Alexandru Ghica (von den Russen 1842 abgesetzt, seitdem Gheorghe Bibescu) für die Walachei, und für die Moldau Mihail Sturdza als Landesfürsten auf Lebenszeit (cf. Berindei 1998:199). Diese regieren gemeinsam mit einem Rat (*sfat*) von sechs Ministern und einer allgemeinen Versammlung (*Adunare obștească*) für legislative Angelegenheiten. Trotz des Übergewichts der konservativ eingestellten Großbojaren leiten die *Regulamente organice* die Modernisierung der Länder ein. Es beginnen eine gewisse Urbanisierung und Industrialisierung, es wird das höhere Bildungswesen gefördert (Gründung des *Colegiu Sf. Sava* in Bukarest und der *Academia Mihăileană* in Iași), in der Walachei werden zahlreiche Dorfschulen gegründet. So kann Alecu Russo in seiner *Studie moldovană* feststellen: „În 16 ani, de la 1835 până la 1851 mai mult a trăit Moldova decât în cele cinci sute ani istorice, de la descălecarea lui Dragoș la 1359, pînă în zilele părinților noștri“ („In sechzehn Jahren, von 1835 bis 1851 hat die Moldau mehr erlebt als in den fünfhundert Jahren ihrer Geschichte von der Ankunft Dragoș' in der Moldau im Jahr 1359 bis in die Tage unserer Eltern“).

Trotz des Scheiterns der Bewegung von Tudor Vladimirescu kommt es schon in den 20-er, aber vermehrt in den 30-er und vor allem in den 40-er Jahren des 19. Jahrhunderts zu überregionalen Bewegungen mit nationalen Tendenzen, die als höchstes Ziel die *ideea națională* (die nationale Idee), die Einheit aller Rumänen in einem unabhängigen Staat, verfechten. Immer mehr Bojaren schicken ihre Söhne nach Frankreich zum Studium. In Paris entsteht die *Societatea pentru Învățătura Poporului Român* (Gesellschaft für die Bildung des rumänischen Volkes, 1839). Der 1845 gleichfalls in Paris gegründeten *Societatea studenților români* gehören berühmte muntenische und moldauische Intellektuelle an, wie Dumitru und Ion C. Brătianu, Constantin A. Rosetti, Alexandru C. Golesecu, Mihai Kogălniceanu, Ion Ionescu de la Brad und Nicolae Bălcescu (ab 1846 Anführer der Bewegung). Durch sie gelangen die liberalen französischen Periodika in die Fürstentümer. Diese rumänischen Studenten von Paris, in Rumänien wegen ihrer französischen Begrüßungsformel bekannt als

*bonjuriști*, bereiten die Ereignisse der Revolution von 1848 schon dort vor. In den Fürstentümern selber sind es vornehmlich verschiedene Geheimgesellschaften in Lugoj, in Bukarest, in Iași und in Sibiu/Hermannstadt, die mit ihren Schriften, aber auch mit ihren Handlungen denselben Zweck verfolgen. Ein bekanntes Beispiel ist die 1834 in Bukarest gegründete Geheimgesellschaft *Frăția* (Bruderschaft), die später in die *Asociație pentru înaintarea literaturii române* (Verein für den Fortschritt der rumänischen Literatur) mündet (1845–1846). Neben den Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit werden teilweise auch modern-demokratische Prinzipien gefordert. Dafür tritt insbesondere die Gruppierung um Dumitru Filipescu (1840) ein, der u.a. Eftimie Murgu, Nicolae Bălcescu, Jean A. Vaillant und Dimitrie Macedonschi angehörten. Sie wurden deswegen zum Teil verfolgt, verurteilt und inhaftiert. Eine wichtige Rolle spielt in dieser Zeit auch Oberst Ion C. Câmpineanu (1798–1863), der 1838 ein *Proiect de Constituție* (Verfassungsentwurf; mit französischer Parallelredaktion; cf. Bodea 1982, Teil I, Seiten 123–127) und einen *Act de unire și independență* (Vereinigungs- und Unabhängigkeitserklärung, cf. Berindei 1998:201) verfasst.

Die Revolutionsbewegungen des Jahres 1848 erfassen mit Ausnahme des streng russisch kontrollierten Bessarabien sukzessive alle rumänischen Länder (Moldau, Walachei, Transsilvanien, Banat, Bukowina). Die im März 1848 in der Moldau ausbrechenden Proteste werden von Mihail Sturdza hart unterdrückt. Dennoch lässt sich auch hier eine allgemein verbreitete Unruhe der Bauern nicht ganz ersticken (Berindei 1998:202). Junge Revolutionäre werden in Form von Reformprogrammen aus dem Exil in Transsilvanien und in der Bukowina ihren Beitrag zur Revolution in der Moldau leisten. In Siebenbürgen, wo die Revolution bis Sommer 1849 dauern wird, werden viel stärker als in der Moldau und der Walachei soziale Ziele für die rumänische Bauernbevölkerung ins Auge gefasst (cf. Giurescu/Giurescu 1977:229). Auch hier wird die rumänisch geprägte Revolution, die sich ursprünglich gegen die Annexionstendenzen der Ungarischen Krone entfacht hatte, von der habsburgischen Zentralmacht und dem von ihr zu Hilfe gerufenen Russland, gemeinsam mit der ungarischen Revolution militärisch unterdrückt. Nur in der Walachei gelingt es den Revolutionären für drei Monate eine provisorische Regierung zu bilden, welche den amtierenden Landesfürsten Gheorghe Bibescu zur Abdankung bringt. Auf diese Ereignisse geht auch die neue Fahne der Erhebungsbewegung mit den Farben Blau – Gelb – Rot in senkrechten Streifen mit der Aufschrift „Gerechtigkeit, Brüderlichkeit“ zurück. Obwohl die Revolution allerorts regionale Charakterzüge trägt, stimmen die rumänischen Historiographen über die Revolution von 1848 in der Feststellung eines „program unic al întregii națiuni“ (einheitliches Programm für die ganze Nation) und von „obiective unificatoare“ (vereinheitlichende Ziele) überein (cf. z.B. Berindei 1998:202,



Iscru <sup>2</sup>1997, vol. 1, 168). Die Unterdrückung der Revolution von 1848 hat für die Fürstentümer die militärische Besetzung durch Russland und das Osmanische Reich zur Folge, die bis 1851 als Schutzmacht bzw. suzeräne Macht auftreten. In Siebenbürgen hingegen wird die kaiserliche Autorität wiederhergestellt. Hier ist das ursprüngliche Ziel der Revolution der Rumänen, größere politische Anerkennung gegenüber der sie politisch dominierenden Ungarn (Siebenbürgens) sowie gegenüber Österreich zu erlangen. Nach der Niederlage Habsburgs gegen Frankreich und Sardinien (1859) sowie gegen Preußen (1866) und der Auflösung der dualistischen Monarchie wurde Siebenbürgen im Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 dem transleithanischen Reichsteil mit entsprechenden Magyarisierungstendenzen unterstellt.

### *II.3. Die Vereinigung der rumänischen Fürstentümer als Bildung des modernen rumänischen Staates*

Der ursprünglich durch das Machtringen zwischen Russland und der Hohen Pforte ausgelöste Krimkrieg (1853–56) führt seit 1854 (bis 1857) erneut zu militärischen Besetzungen der als Pufferstaaten gedachten Fürstentümer, zuerst von Russland, dann auch von Österreich und der Pforte. Russland geht aus diesem Krieg geschwächt hervor. Auf dem darauf folgenden Friedenskongress von Paris (Februar bis März 1856) wird der Status der rumänischen Fürstentümer zum europäischen Problem erklärt, das russische Protektorat aufgehoben, allerdings die türkische Suzeränität (mit Tributpflicht und Bestätigung formaler Akte durch den Sultan) weiterhin aufrechterhalten. Gleichzeitig werden die Donaufürstentümer unter den kollektiven Schutz der sieben Signatarstaaten des Pariser Friedensvertrags (1858) gestellt. Großbritannien, Österreich, Frankreich, Preußen, das Osmanische Reich, Sardinien und Russland legten in der so genannten *Convențiune pentru organizația definitivă a Principatelor-Unite-Române* in Paris (Konvention für die definitive Organisation der Vereinten Rumänischen Fürstentümer; kurz *Convenția de la Paris*; cf. Giurescu 1977:238) am 19. August 1858 den politischen und administrativen Status der Donaufürstentümer fest (Berindei 1998:204–205). Die Fürstentümer sollen über eine nationale unabhängige Administration verfügen. Eine Sonderkommission (gestellt vor allem von Großbojaren) und die *divanuri ad-hoc* (Versammlungen für die Interessensvertretung aller Klassen) sollen ein *statut fundamental* (Grundgesetz) erstellen. Die *divanuri* sollen auch die Interessen der Rumänen formulieren, die in den Berichten der Sonderkommission Eingang finden und durch eine Konvention der Großmächte bestätigt werden sollen. Der Pariser Vertrag legt ferner die Nichteinmischung von außen im Falle innerer Unruhen fest, außer bei Konsens aller Garantiemächte. Süd-Bessarabien geht von Russland an die Moldau zurück.

Im Rahmen der genannten *Ad-hoc* Versammlungen in Bukarest und Iași äußern die Rumänen den Wunsch nach einem gemeinsamen Staat auf der Grundlage der beiden Fürstentümer Moldau und Walachei. Ebenso fordern sie die Einhaltung des in den *capitulații* (den schriftlichen Friedensvereinbarungen von 1393 bis 1634) zwischen den Fürstentümern und der Hohen Pforte festgelegtem (cf. Giurescu/Giurescu 1977:238). Entgegen den Interessen der sieben Schutzmächte wählen die Rumänen im Jahr 1859 in der Moldau (5./17. Jänner) und in der Walachei (24. Jänner/5. Februar) denselben Kandidaten, Oberst Alexandru Ioan Cuza (1820–1873), zu ihrem Landesoberhaupt. Somit wird zwischen 1856 und 1859 die *Unire Principatelor*, die Vereinigung der beiden Fürstentümer Moldau und Walachei, de facto vollzogen. Bis 1862 kommt es zur Durchsetzung einer einzigen Regierung sowie eines einzigen Parlaments (cf. Focșeneanu 1998:21; Giurescu/Giurescu 1977:239).

Die Regierungszeit von Fürst Alexandru Ioan Cuza (1859–1866), der unter anderem vom moldauischen Intellektuellen und Politiker Mihail Kogălniceanu beraten wird, ist gekennzeichnet durch eine Reihe von weitgehenden Reformen zur Modernisierung des rumänischen Staates, der 1862 erstmals mit dem Namen *România* proklamiert wird. Diese Bezeichnung wurde allerdings von den Großmächten nicht anerkannt, die weiterhin von den „Vereinten Fürstentümern Moldau und Walachei“ sprachen (Völkl 1995:29). Zu den großen Reformen Cuzas gehören die Einführung neuer Gesetzbücher, die Verstaatlichung (Säkularisierung) der Klostergründe und die Agrarreform (Völkl 1995:28–35). Cuzas Reformpolitik stieß allerdings auf großen Widerstand. Ihm feindlich gesonnene Kräfte von links und rechts schlossen sich 1865/1866 in einer sogenannten Koalition („monstruoasă coalitie“) zusammen, die ihn durch einen Putsch zur Abdankung zwang. Auf Betreiben der interimistischen Statthalterei wird eine neue Verfassung erstellt. Die Entscheidung, wer auf Cuza folgen sollte, fiel nach längerer Suche, wie in der Pariser Konvention festgelegt, auf einen Angehörigen einer ausländischen Dynastie, den preußischen Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, der, im April 1866 zum *Domn al Principatelor Unite Române* gewählt, im Juni den Verfassungseid ablegt und noch im selben Jahr von der Hohen Pforte bestätigt wird. Auch Carol I. setzte in seiner langen Regierungszeit (1866–1914) eine Vielzahl innerer Reformen durch. Die Verfassung von 1866, die erste moderne Verfassung, blieb mit verschiedenen Veränderungen bis 1923 in Kraft.

Im Jahre 1875 gewinnt die Orientfrage durch verschiedene Aufstände im Osmanischen Reich weitere Brisanz. Im April 1877 bricht erneut ein russisch-türkischer Krieg aus, bei dem Rumänien Russland gegen das Heer von Osman Pascha unterstützt. Den Rumänen sind die Kapitulation der Hauptfestung Plevna und der darauf folgende Vormarsch der russischen Truppen bis San Stefano zu verdanken. Unter diesen außenpolitisch günstigen Umständen er-

folgte am 9. Mai 1877 die einseitige Proklamation der Unabhängigkeit, die dann sowohl im Vertrag von San Stefano (3. März 1878) als auch vom Berliner Kongress (13. Juni–13. Juli 1878) bestätigt wurde. Der Berliner Kongress zwang allerdings Rumänien, die drei südlichen Kreise Bessarabiens an Russland abzutreten, wofür es aber die Dobrudscha erhielt (Völkl 1995:42), und die allgemeine Verleihung von zivilen und politischen Rechten, unabhängig von der Konfession, verfassungsmäßig zu garantieren. Schließlich wird am 14./26. März des Jahres 1881 Rumänien als Königreich unter König Carol I ausgerufen.

Im Ersten Weltkrieg bleibt Rumänien zunächst neutral (1914–1916), doch schließt es sich im August 1916 den Entente-Mächten an, die großzügige Territorialgewinne zusicherten. Obwohl der Krieg Rumänien große Opfer abverlangte und militärisch ungünstig verlief, konnte es aufgrund des Bündnisses mit den Siegermächten und des Zusammenbruchs der großen Vielvölkerreiche das angestrebte Ideal der Vereinigung aller als rumänisch betrachteten Territorien erreichen. In großen Versammlungen wird diese Vereinigung der Rumänen von Siebenbürgen, des Banats, der Kreisch und der Maramuresch mit dem Königreich auch proklamiert, wie in der *Marea Adunare Națională de la Alba Iulia*, der großen am 18. November/1. Dezember 1918 in Karlsburg tagenden Nationalversammlung. Die Bildung des neuen Großrumänien (*România Mare*) wird durch die Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain, Neuilly und Trianon (1919–1920) auch international bestätigt.

### III. ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER ZENTRALEN VERWALTUNG UND GESETZGEBUNG

In den ersten Zeiten der im vierzehnten Jahrhundert entstandenen Fürstentümer Moldau und Walachei vereinen die Herrscher alle staatlichen Funktionen in ihrer Person. Sie repräsentieren den Staat, der aber nicht als ihr Eigentum gilt. Die Herrscher regeln die „staatliche“ Verwaltung aufgrund des traditionellen Gewohnheitsrechtes (*obiceiul pământului, lege veche, pravilă, datină*), das auch zivil- und strafrechtliche Regelungen auf regionaler und lokaler Ebene trifft. Dieses Recht wird – wie in anderen Ländern auch – zuerst mündlich tradiert und wirkt bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein. Das *obiceiul pământului* legte z.B. die staatslenkende Position der Bojaren, die gegenseitigen Verpflichtungen von Landbesitzern und abhängigen Bauern oder das Verhältnis von Dorfgemeinschaft zu Außenseitern fest.

Die Herrscher werden in der Verwaltung des Staates von Ratgebern unterstützt. Die wichtigsten Ratgeber, deren Ämter im Laufe des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts entstehen, sind: der *mare vornic* (in Siebenbürgen

lat. *dapifer*), der vor allem die Funktionen des obersten Richters und des Polizeioberhauptes innehatte und einem heutigen Innenminister entsprechen könnte; der *logofăt* (lat. *cancellarius*), der ursprünglich die Zuständigkeit eines Privatsekretärs des Fürsten hatte; der *vistier* (lat. *thesaurarius*), d.h. der Schatzmeister; der *stratornic* oder *postelnic* (lat. *camerarius*), eine Art Hofmarschall. Daneben bestand eine Reihe weiterer Ratgeber, die ausschließlich Funktionen am Hofe bekleideten, wie der *spătar* („Schwertträger“), der *paharnic* („Mundschenk“) oder der *stolnic* („Truchsess“). Auffällig ist die sehr gemischte etymologische Herkunft dieser Bezeichnungen (*vornic*, *stratornic*, *postelnic* und *stolnic* aus dem Kirchenslavischen; *logofăt* ursprünglich aus dem Griechischen; *spătar* und *vistier* ursprünglich aus dem Lateinischen; *paharnic* ursprünglich aus dem Magyarischen), die vermutlich zum großen Teil über das Kirchenslavische vermittelt worden sind. Wichtig ist hervorzuheben, dass einige wenige Beamte die Verantwortung für die administrativen und juristischen Fragen aller Hof- und Staatsangelegenheiten trugen. Für bedeutende Angelegenheiten wurden von den Landesfürsten größere Versammlungen einberufen, an denen neben den Ratgebern auch die wichtigsten Landbesitzer teilnahmen, die das Recht und die Pflicht verkörperten, das Heer zu stellen.

Im sechzehnten/siebzehnten Jahrhundert entsteht auch die schriftliche rumänische Gesetzgebung. Die ersten Texte (*Pravila Ritorului Lucaci*, 1581; *Pravila de la Govora*, 1640) beinhalten vornehmlich kanonisches Recht. Das Zivilrecht findet sich ausführlich verschriftet in der *Carte românească de învățătură de la pravilele împărătești și de la alte giudețe* („Rumänisches Belehrensbuch über die kaiserlichen Gesetze und über andere Rechtssprechungen“) des moldauischen Herrschers Vasile Lupu (Iași, 1646) und in der *Îndreptarea legii* („Gesetzesleitfaden“) des walachischen Herrschers Matei Basarab (Târgoviște, 1652). Das Gesetzesbuch von Lupu geht auf byzantinische (*Νομος Γεωργικος*, 8. Jahrhundert) und italienische (Prosper Farinaccius *Praxis et theoria criminalis*, Venedig, 1607–1621) Quellen zurück, die Eustratie logofătul übersetzt und bearbeitet hat. Die Version von Matei Basarab basiert auf dem Text von Vasile Lupu. Die einzelnen rechtlichen Bestimmungen der Fürsten geschehen häufig über Erlässe (so genannte *hrisoave* oder *așezăminte*).

Zwischen dem sechzehnten und dem achtzehnten Jahrhundert diversifizieren und multiplizieren sich die staatlichen Ämter, insbesondere im Zusammenhang mit einer weitgehenden Spezialisierung des Militärs und des Steuerwesens (siehe z.B. Dimitrie Cantemir *Descriptio Moldaviae*, pars secunda politica, caput VI, De baronibus Moldaviae eorumque gradibus). Allerdings wird dadurch die Verwaltung schier unübersichtlich und gibt Anlass zu großer Bestechlichkeit. Insbesondere aufgrund der trostlosen wirtschaftlichen Lage unternimmt im achtzehnten Jahrhundert der aufgeklärte Fürst Constantin Mavrocordat, sechsmal Herrscher in der Walachei und viermal in der Moldau (1730–1769),

große Anstrengungen, um die Verwaltung der Fürstentümer zu reformieren. Zum ersten Mal versuchte er, eine Art „Grundgesetz“ aufzustellen (1740), das sich allerdings immer noch stark auf die Bereiche Fiskus und Verwaltung konzentriert. Es wurde sogar ins Französische übersetzt und unter dem Titel *Constitution faite par S.A.M. le prince Constantin Mauro Cordato, Prince des deux Valachies et de Moldavie, le 7 fevrier 1740. Portant Supression de plusieurs Impositions onereuses aux Habitants de la Valachie et prescrivant plusieurs Regles utiles au Gouvernement de cette Province* im Juli 1742 im *Mercure de France* publiziert. Auf Constantin Mavrocordat gehen unter anderem auch zurück die Aufhebung der Leibeigenschaft (*rumânie, vecinie*), die Einführung von *ispravnicii* als Vorstehern der größten territorialen Einheiten (Kreise, Distrikte: *județe* in der Walachei, *ținuturi* in der Moldau) mit voller administrativer und richterlicher Kompetenz, die Verschriftlichung der Rechtssprechungspraxis und die Bemühung um den Gebrauch des Rumänischen in der Verwaltung.

Trotz dieser Reformversuche blieb die Verwaltung der Fürstentümer de facto unbefriedigend und rief zunehmend Kritik hervor. Als größtes ungelöstes Problem bleibt das Verhältnis zwischen den Grundbesitzern und den Landleuten (*țărani, săteni*). Ab der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts erheben sich immer mehr Stimmen für eine Trennung der Exekutive von der Judikative und für eine allgemein getragene Besteuerung und die Abschaffung von Steuerprivilegien. Die allgemeine Unzufriedenheit dürfte auch eine der Ursachen des Aufstandes von 1821 gewesen sein. Diese Unzufriedenheit führt einerseits zur schriftlichen Systematisierung des Zivil- und Strafrechtes und andererseits zur Forderung nach der allgemeinen Neugestaltung des Staates aufgrund verfassungsmäßiger schriftlicher Fixierung.

Auf dem Gebiet des Zivil- und Strafrechtes entstehen so in der Walachei in immer kürzeren Abständen die *Pravilniceasca Condică* von Alexandru Ypsilanti (1780; auf Griechisch und auf Rumänisch, sie gründet auf dem Gewohnheitsrecht des Landes und auf den Basiliken; Redaktor Mihai Fotino), die *Legiuirea Caragea* (1818; auf Rumänisch und Griechisch; vom Code Napoléon inspiriert, Hauptautor Nestor Craiovescu) und die Strafgesetzbücher von Alexandru D. Ghica (1841) und von Barbu D. Știrbei (1851). Neben dem traditionellen und dem römisch-byzantinischen Recht macht sich immer stärker das neue französische Recht bemerkbar. In der Moldau entsteht unter dem Fürsten Scarlat Callimachi 1816–1817 der *Codul Callimachi*, der sich vom traditionellen Recht, aber auch vom österreichischen Zivilgesetzbuch aus dem Jahre 1811 inspiriert (Hauptredaktor Christian Flechtenmacher aus Brașov/Kronstadt). Dieses Gesetzbuch war zuerst auf Griechisch geschrieben und wurde auf Anordnung vom Vel Logofăt C. Sturza 1833 auch auf Rumänisch veröffentlicht. Die *Legiuirea Caragea* und der *Cod Callimachi* wurden bis 1856 angewandt.

IV. AUF DEM WEGE ZUR ERSTEN MODERNEN VERFASSUNG  
DES RUMÄNISCHEN NATIONALSTAATES

Neben den Bemühungen um eine Zivil- und Strafgesetzgebung ergreift die Elite, also die Bojaren, beeinflusst von den napoleonischen Umwälzungen, über Memoranden und Projekte die Initiative für die Neugestaltung der rumänischen Fürstentümer, immer stärker in Anlehnung an westliche Modelle.

Tudor Vladimirescu (vgl. II. 2.) ist der erste Rumäne, der nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch versucht, neue Staatsverhältnisse in der Walachei herbeizuführen. In verschiedenen seiner Proklamationen (*Proclamația de la Padeș*, *Cererile Poporului Valah*) verlangt er, dass eine Regierung sich für das Wohl des ganzen Landes einsetzt, dass die Institutionen „nationalisiert“ werden, dass die Privilegien von Bojaren und Ausländern abgeschafft werden. Seine kurze Regierung erlaubte ihm jedoch nicht, ein Verfassungsprojekt zu formulieren. Ein solches entstand kurz danach in der Moldau. Eine Reihe von Bojaren, die von den westlichen liberalen Ideen beeinflusst waren und die italienischen Carbonari als Vorbild hatten, präsentieren in 77 Punkten Forderungen nach einer Erneuerung des Staates (*Cererile cele mai însemnătoare ce se fac din partea obștiei Moldoviei în atocmire cu cele cuprinse prin obșteasca jalbă sa, trimisă către prea înaltul Deulet ...*, Die wichtigsten Forderungen, die von der Gemeinschaft der Moldau gestellt werden, in Übereinstimmung mit dem in ihrer gemeinschaftlichen Eingabe an die Hohe türkische Regierung Enthaltene; bekannt geworden unter dem Namen *Constituția cărvunarilor*; 1822; cf. Barnoschi 1922), die altes Gewohnheitsrecht mit neuem westlichem Recht verbinden. Darin wird die Freiheit verlangt, mit einem eigenen Herrscher und sich nach den Gesetzen des eigenen Landes zu regieren. Tendenzmäßig werden die Gewalten getrennt, deutlich die Judikative, weniger deutlich die Exekutive und die Legislative. Im Allgemeinen Rat sind allerdings nur die Bojaren vertreten. Landleute werden von den Ausländern unterschieden, es werden auch die Gleichheit vor den Gesetzen und die Arbeits- und die Handelsfreiheit postuliert. Der damalige Herrscher Ionița Sandu Sturdza fand in seinem Rat keine Mehrheit für die Annahme des Projektes, hat aber versucht, in dessen Geist zu regieren.

Ein neuer wichtiger Schritt in Richtung einer verfassungsmäßigen Organisation der Fürstentümer wird aufgrund des Vertrages von Akkerman (1826) zwischen Russland und dem Osmanischen Reich getan, wonach Russland das Recht bekam, „Verfassungen“ (*Regulamente organice*) für die Moldau und die Walachei auszuarbeiten. Dazu beruft der walachische Landesfürst Grigore IV. Ghica 1827 eine Kommission ein, die ein solches „Regulament“ formulieren soll, die aber wegen des russisch-türkischen Krieges die Arbeit nicht aufnehmen kann. Nach dem Vertrag von Adrianopel (1829) werden von einer wala-

chischen und einer moldauischen Kommission von Bojaren unter Vorsitz des russischen Generals Minciaki und unter der Aufsicht von General Pavel Kiseleff, dem obersten russischen Administrator für die Donaufürstentümer, zwei *Regulamente* erstellt. Diese werden von einer gemischten Kommission in Sankt Petersburg begutachtet und dann in außerordentlichen Versammlungen in der Walachei und in der Moldau diskutiert und ratifiziert, so dass sie am 1. Juli 1831 in der Walachei, in der Moldau am 1. Jänner 1832 zur Anwendung kommen. Obwohl es sich um Grundgesetze handelt, stellen sie noch keine Verfassungen in einem modernen Sinne dar. Sie sind auf Betreiben Russlands, insbesondere von Kiseleff entstanden, der eine künftige Integrierung der rumänischen Territorien in das Russische Reich im Auge hatte. Daher war es für ihn wichtig, dass zwei sehr ähnliche, stark konservativ ausgerichtete Grundordnungen festgehalten wurden. Die *Regulamente organice* legten unter anderem fest: die staatsführende Machtposition in den Händen der Bojaren, das tendenzmäßige Prinzip der Gewaltenteilung und die Wahl eines einheimischen Landesfürsten auf Lebenszeit durch eine außerordentliche Versammlung, die aus Repräsentanten des Klerus, der Bojaren und der Korporationen zusammengesetzt war. Der Fürst soll über ein eigenes Budget (*listă civilă*) verfügen und die exekutive Macht durch eine aus sechs Ministern bestehende Regierung (*șfat*) ausüben. Die legislative Macht liegt zugleich in den Händen des Herrschers und einer Gewöhnlichen Allgemeinen Versammlung (*Obicinuita Obștească Adunare*). Die Judikative (*puterea judecătorească*) ist deutlich von den anderen Gewalten getrennt und neu durchorganisiert. Auf der Ebene der Exekutive ist die Mischung von alten und neuen Terminologien gut zu beobachten. Ihre Organe sind: *Domnia* oder *Domn* (der Herrscher), *Vremelnica Ocârmuire a Caimacilor*, „Provisorische Regierung der Kaimakame“, (im Falle einer Vakanz des Landesfürsten), *Vistierie* oder *Casa Statului* oder *Cămara* oder *Caseta privată* (der Fiskus), die Minister (*Ministrul Trebilor din Lăuntru* oder *Marele Vornic*, „Minister der inneren Angelegenheiten“; *Ministrul Finanțelor* oder *Vistier(u)*; *marele Postelnic* oder *Secretarul de Stat*; *Logofătul* oder *Ministrul dreptății*, „Justizminister“; *Logofătul (sau ministrul) trebilor bisericești*, „Minister der kirchlichen Angelegenheiten“; *Spătarul* oder *Ministrul oștirii*, „Armeeminister“).

Eine wichtige Rolle spielt in dieser Zeit auch der Oberst Ion C. Câmpineanu (1798–1863), der 1838 ein *Proiect de Constituție* (mit französischer Parallelredaktion; „Verfassungsentwurf“, cf. Bodea 1982, I, 123–127) und einen *Act de unire și independență* („Vereinigungs- und Unabhängigkeitserklärung“, cf. Berindei 1998:201) verfasst. Die rumänische Fassung des *Proiect de Constituție* enthält neben älterer Terminologie (*slobozenie* für *libertate*, *deopotrivă* für *egal*) auch modernere Terminologie wie *reprezentanția* und *independența*. Im *Proiect* geht Ion C. Câmpineanu ein auf die Freiheiten aller Rumänen, auf die Gleichheit vor dem Gesetz, auf die Person des Souveräns und auf die nationale

Repräsentanz. In den vierziger Jahren werden verschiedene fremde Verfassungen ins Rumänische übersetzt und in rumänischen Zeitungen publiziert. Im *Curier Romanesc* von 1844 erscheinen die Artikel der griechischen Verfassung, die von der zuständigen Kommission in Athen diskutiert worden waren. In der literarischen Beilage *Foaie de inimă, minte și literatură* der *Gazeta de Transilvania* des Jahres 1849 wird der vollständige Text (112 Artikel) der am 12. November 1849 veröffentlichten republikanischen Verfassung Frankreichs in einer Reihe von aufeinanderfolgenden Nummern (von Nr. 1 vom 3. Jänner 1849 bis Nr. 4 vom 31. Jänner 1849) abgedruckt. In der gleichen Beilage des Jahres 1849 wird in den Nummern 10 (vom 5. Dezember 1849) und 11 (vom 12. Dezember 1849) ebenfalls die gesamte, vom habsburgischen Kaiser oktroyierte *Constituție pentru Împărăția Austriei* (16 Kapitel in 123 §) abgedruckt. Im *Suplement* zu der in Cernăuți erscheinenden Zeitung *Bucovina* vom 4./16. Oktober 1848 erschien auf Rumänisch und auf Deutsch ein vom Konstitutionsausschuss dem Reichstag vorgelegter *Proiect a driturilor fundamentale | Entwurf der Grundrechte*.

Eine weitere wichtige Phase für die Entstehung rumänischer programmatischer Verfassungs-Texte, durch welche zukünftige Reformen der innerrumänischen staatlichen Organisation vorbereitet wurden, ist die Revolution von 1848. Sie erfasste alle drei rumänischen Fürstentümer wie auch das Banat und die Bukowina und dauerte in Siebenbürgen bis 1849 an. In all diesen historisch unterschiedlich gewachsenen Fürstentümern und Regionen verliefen auch die Revolutionen unterschiedlich intensiv. Der jeweilige politische Status dieser Gebiete hat unterschiedliche Reform-Forderungen erlaubt bzw. notwendig gemacht. Allgemeinere politische Ziele sind in Siebenbürgen die nationale Freiheit, in den Donaufürstentümern die staatliche Freiheit, und in der Walachei sogar die völlige souveräne innerstaatliche Verwaltung. Noch nicht explizit genannt wurde der Wunsch nach einer politischen Einheit aller rumänischen Territorien, auch wenn daran schon gedacht wurde (cf. den am 12./24. Mai 1848 in Cernăuți verfassten Text *Dorințele partidei naționale în Moldova*, „Die Wünsche der Nationalpartei in der Moldau“, oder das von M. Kogălniceanu verfasste *Proiect de constituție*; Iseru 1997:197). Die Forderungen nach staatlichen Reformen wurden in den habsburgischen Ländern (Siebenbürgen, Bukowina und Banat) viel allgemeiner, hingegen in den Donaufürstentümern konkreter, präziser und weiter gehend formuliert. Seit März 1848 wurden entsprechende Petitionen, Reform-Programme oder schon als „Verfassungen“ bezeichnete Projekte (Proklamation von Islaz) verfasst und allerorts im Rahmen großer nationaler Versammlungen in Iași, Blaj, Islaz, Pest und Cernăuți angenommen.

In Iași arbeitet ein im Zuge einer nationalen Versammlung (von rund 1000 Menschen beim Hotel „Petersburg“) am 27. März 1848 von ihr gewähltes Ko-



mittee von 16 Personen – unter ihnen Al. I. Cuza, V. Alecsandri – innerhalb von 24 Stunden eine Petition aus. Diese am nächsten Tag von einer Vielzahl hoher geistlicher Würdenträger, von Bojaren aller Ränge, von Kaufleuten und Beamten unterzeichnete *Petiția-proclamațiune în numele tuturor stărilor Moldovei* („Petition – Proklamation im Namen aller Stände der Moldau“) wird am 29. März/10. April 1848 dem Landesfürsten Mihail Sturza überbracht und am 12. April 1848 in der *Gazeta Transilvaniei* abgedruckt. Die im Text enthaltenen Forderungen gehen, wie aus der Präambel der Petition hervorgeht (cf. Bodea 1982, vol. 1, Text 93) auf eine, von der *Ocârmuire* (Regierung) und dem *organul d-lui Ministru* in Auftrag gegebene Enquête über die allgemeinen Mängel des Landes zurück. Es wurden 35 Punkte aufgestellt, in denen unterschiedliche Vorschläge für eine verbesserte staatlich-zivile Organisation formuliert wurden. Dabei fällt auf, dass sich die Verfasser (zumindest) in Punkt 1 der Forderungen als völlig *Regulament*-treu darstellen: „1. Sfânta păzire a Regulamentului în tot cuprinsul său și fără nici o răstălmăcire.“ In mehreren Formulierungen wird die Abschaffung der Korruption und Korrumpierungsmöglichkeiten gefordert (Punkt 2.) sowie eine Verbesserung im Schul- und Bildungswesen (8.), die Entwaffnung der Söldner (9.), die Aufhebung der Körperstrafen in der Armee (10.), die Errichtung einer Nationalbank (24.), die Aufhebung der landesinternen Zensur (34.), die Verantwortlichkeit der Beamten (23.) und die Verbesserung des Strafgesetzes und der Strafgesetzgebung (25.). In den Forderungen nach einem gesetzlichen Schutz des Individuums (*Siguranța personală* in Punkt 3.) rücken daneben auch deutlich der Bürger und seine ihm vom Staat aus zu verleihenden demokratischen Rechte, auch das Recht an öffentlichen Prozessen teilzuhaben, ins Blickfeld:

„Seanțele tribunalelor să fie publice“ (Punkt 28.)

„Fiecare pământean să aibă dreptul de a adresa jalubă Obșteștii Adunări“ (Punkt 30.)

Auf der Ebene der Staatsverwaltung werden gefordert: mehr Mitsprachengewicht für die Allgemeine Versammlung in der Vergabe von Ämtern juridischer oder administrativer Aufgaben, mehr Entscheidungsgewalt im Ablauf der Sitzungen der Versammlung sowie das Recht der Kammer, dem Landesherrn für Angelegenheiten des Allgemeinwohls (des *folosul obștesc*) Vorschläge unterbreiten zu können, insgesamt also die Entmonopolisierung der politischen (Entscheidungs-)Macht:

„Ofisurile slobozite până acum de Ocârmuire în ramul judecătorească și administrativă să se supue voturile Obșteștii Adunări și de acum să se contenească de a se slobozi asemenea ofisuri fără a fi cercetate de adunare“ (Punkt 27.)

„Seanțele Obșteștii Adunări să fie publice. Ținerea rânduielii în sânul ei să atârne de însăși adunarea, iar nu de vornicia de aprozi, potrivit Regulamentului“ (Punkt 29.)

„Pe temeiul art. 57 din Regulament, Camera să aibă dreptul de a face domnului punere înainte a tot felul de lucruri privitoare la folosul obștească“ (Punkt 33.)

Auch in Siebenbürgen entsteht eine Reihe von revolutionären Texten, die die wichtigsten Desiderate der Rumänen formulieren (Iscru 1997:177). Die liberale provisorische Regierung Ungarns hat im Zuge der Revolution vom 15. März 1848 ein auch für die Rumänen Siebenbürgens viel versprechendes Reformprogramm aufgestellt, allerdings sah sie auch unter ihrem Punkt 12 die Annexion Siebenbürgens an die Ungarische Krone vor, was nur den Widerstand der Rumänen, die im Gegensatz zu den Ungarn, Szeklern und Sachsen immer noch nicht als Nation anerkannt waren, hervorrufen konnte. Die seit Frühjahr 1848 entstehenden rumänischen Texte sind demzufolge in erster Linie Aufrufe, die Intention Ungarns abzulehnen bzw. die Annexion auf einer breiteren nationalen Ebene zu diskutieren, wofür eine nationale Versammlung angestrebt wurde. So ist das Manifest von Simion Bărnuț *Provocațiune* vom 24.–25. März 1848 zu verstehen (cf. Iscru 1997:173), welches die Rumänen allgemein aufruft, zur Annexion Nein zu sagen und sich auf einem *congres național* abzustimmen. In diesen Texten, insbesondere in der *Provocațiune*, werden die bis 1848 nur den privilegierten „nationes“ (Ungarn, Szekler, Sachsen) gewährten Rechte gleichermaßen auch für die Rumänen eingefordert. Ähnliches wurde mit dem Ende März in Brașov entstandenen *Manifestul românilor transilvani* bezweckt, das die *egalitatea juridică cu sașii* („die rechtliche Gleichheit mit den Sachsen“) thematisiert. Auch Simion Bărnuț thematisiert in seiner am Vorabend der großen Volksversammlung in der Kathedrale zu Blaj am 2./14. Mai vorgetragene Rede mit dem Titel *Raporturile românilor cu ungurii și principiile libertății* („Die Beziehungen der Rumänen zu den Ungarn und die Prinzipien der Freiheit“) prioritär die bedrohte Unabhängigkeit der Rumänen bzw. der rumänischen Nation von der Ungarischen Krone und die fehlende Gleichberechtigung der Rumänen mit den privilegierten Ständen. Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit mit einer Verfassung („Constituțiune“) für Siebenbürgen unter dem Hause Habsburg wird in Form von 16 Punkten am 3.–5./15.–17. Mai 1848 von der „Nationalversammlung“ beschlossen (cf. *Foaie pentru minte* vom 17. Mai 1848).

Auch in der Walachei entstehen verschiedene Reform-Programme wie das im Frühling 1848 als Broschüre erschienene *Ce sânt meseriașii români?* („Was sind die rumänischen Handwerker?“; cf. Iscru 1997:191 und Bodea 1982, vol. 1, Text 108), das in Anlehnung an die berühmte Schrift vom Abbé Sieyès *Qu'est-ce que le Tiers état?* (1789) eine allgemeine Reform des Staates aus der Sicht der rumänischen „Arbeiter“ fordert. Mit der *Proclamația de la Islaz* vom 9./21. Juni 1848 beginnt die kämpferische Phase der Revolution in der Walachei. Dieser wichtige Text wurde von einem revolutionären Komitee, dem

unter anderem Ion C. Brătianu, Nicolae Bălcescu, C. A. Rosetti, Cezar Bolliac, Ion Ghica, Ion Cămpineanu angehörten, ausgearbeitet. Er wurde von Heliade Rădulescu einer Versammlung in Islaz vorgetragen, an der die Revolutionäre, eine ihnen wohlgesonnene Militäreinheit unter Christian Tell und eine große Anzahl von Bauern teilnahmen. Nach dem Vortrag brach die Versammlung auf, um nach Bukarest zu ziehen, wo zeitgleich mit den Aktionen in Islaz die Revolution ausbrach. Der damalige Herrscher, Gh. Bibescu, nahm am 11./23. Juni 1848 unter dem Druck der Menschenmenge, die den Fürstenpalast umgab, die Proklamation an und dankte in Folge ab. Im Aufbau der Proklamation, die sich konzeptionell stark an die *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* (1791) anlehnt und in mehreren Textpassagen an den Stil und den Inhalt der französischen Verfassung vom 12. November 1848 erinnert, kann man drei große Teile erkennen. Im ersten Teil werden mit wiederholter Fokussierung des Aktes des Proklamierens (*popolul român decretă, popolul român voiește*, etc.) die Wünsche des rumänischen Volkes ausführlich und leidenschaftlich verkündet. Es folgen 22 Forderungspunkte, darunter die administrative und legislative Unabhängigkeit gemäß den Verträgen von Mircea und Vlad V. (16. Jahrhundert) sowie die absolute Nichteinmischung von außen; Gleichheit der politischen Rechte; allgemeine Tributpflicht; ein von Repräsentanten aller Gesellschaftsschichten gestellter Landtag (4. *Adunanță generală compusă de reprezentanți ai tutulor stărilor soțietății*); einen verantwortlichen, auf fünf Jahre gewählten Landesfürsten, der aus allen Gesellschaftsschichten ausgesucht worden ist; Verantwortlichkeit der Minister und aller Beamten; absolute Pressefreiheit; staatliche, nicht fürstliche Entschädigung. Die Proklamation, die als Grundlage für eine zukünftige Verfassung („Constituția“) dienen sollte, endet mit einer Reihe von Aufrufen an die verschiedenen Gesellschaftsgruppen, Ordnung zu bewahren und dieser großen Veränderung, dieser großen Tat (*fapta cea mare*) zur Verwirklichung zu verhelfen. Außenpolitisch versuchten die Revolutionäre, die Unterstützung der Hohen Pforte zu gewinnen und Russland gegen die Pforte „auszuspielen“ (cf. Absatz 29 des Textes).

Auf die Revolution von 1848–49 folgte aufgrund der *Convenția de la Balta Liman* die Wiedereinführung des Regimes der *Regulamente organice*. Wie in II. 3. schon erwähnt, führten der Krimkrieg und der darauf folgende Friedenskongress von Paris (1856) zur neuen Problematisierung des Status der rumänischen Fürstentümer, die unter den kollektiven Schutz der Signatarstaaten des Pariser Friedensvertrags (1858) gestellt wurden. Die Garantiemächte legten, nachdem sie die Berichte und Vorschläge der dafür eingesetzten Sonderkommission und der beiden *Adunări ad hoc* empfangen hatten, in der so genannten *Convenția pentru organizarea definitivă a Principatelor Dunerene Moldova și Valahiea* (auch *Convențiune pentru organizația definitivă a Principatelor-Unite-Române* genannt) am 19. August 1858 den politischen und admi-

nistrativen Status der Donaufürstentümer fest. Die Bedeutung der *Convențiune* liegt darin, dass sie nicht nur die Grundlage für die Bildung des rumänischen Nationalstaates, sondern auch ein Grundgesetz „westlicher Prägung“ darstellt, auf dessen Basis Rumänien zu einer parlamentarischen Demokratie werden soll (Focșeneanu 1998:19). Sie beendet theoretisch die Gültigkeit der bis dato bestehenden Version der *Regulamente organice*. Zu ihren wichtigsten Bestimmungen gehört das Prinzip der Gewaltenteilung (Art. 3), das die Exekutive dem Herrscher (*domn*) überträgt (Art. 4), während die Parlamente von Moldau und von Walachei (*Adunările electiv*), der Herrscher und eine paritätisch besetzte und in Focșani ansässige Zentralkommission für beide Fürstentümer (*Comisiunea centrală*) die Legislative ausüben. Der Herrscher musste einheimisch sein (Art. 13), was den Wünschen der Ad-hoc Versammlungen zuwiderlief, und sollte vom Parlament auf Lebenszeit gewählt werden (Art. 10). Weiters wurden die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die individuelle Freiheit sowie politische und Bürgerrechte garantiert (Art. 46). In einem Annex zur *Convențiune* wurde das Wahlrecht festgelegt; es konnte direkt oder indirekt ausgeübt werden, war aber an einen Zensus gebunden. Nachdem Alexandru Ioan Cuza in beiden Fürstentümern zum Herrscher gewählt worden war, arbeitete er schrittweise von einer Personalunion auf eine Realunion von Moldau und Walachei hin, wie oben bereits dargestellt wurde (II. 3.). Zwischen 1863 und 1865 kamen unter seiner Regierung eine ganze Reihe von reformerischen Gesetzen zustande, wie die *Lege pentru secularizarea averilor monastiresci* (15. 9. 1863; cf. Giurescu 1977:240–241), das die Überführung des Vermögens der Klöster an den Staat bestimmte: „Toate averile monastirești din România sunt și rămân averi ale Statului.“ (Decretul nr. 1251, Art. 1). In seine Regierungszeit fallen auch das erste, sich am Code Napoléon orientierende, rumänische bürgerliche Gesetzbuch (*Codicile civile*, 1864), ein Strafgesetzbuch (*Codicele penale*, 1864) sowie die entsprechenden Zivil- und Strafprozessordnungen (*Procedura codicelui civile*, 1865; *Codice de procedura penale*, 1864) (Focșeneanu 1998:24–25).

Aufgrund von Widerstand aus dem Parlament gegen die von Cuza ernannte Regierung kam es am 2. Mai 1864 zu einem Staatsstreich zugunsten Cuzas. Am selben Tag wurde die Pressezensur per Dekret eingeführt. Ein weiteres Dekret verfügte die Auflösung des Parlaments und erließ gleichzeitig den so genannten *Statutul desvoltător Convențiunii de la Paris*, der in einem Plebiszit Mitte des Monats angenommen wurde. Die mit wenigen Ausnahmen auch von den Garantiemächten approbierten Zusatzbestimmungen zur *Convențiune* werden am 3. Juli 1864 verkündet. Im *Statutu desvoltătoru Convențiunei din 7/19 Augustu 1858* wird zwar hervorgehoben, dass die *Convențiune* weiterhin das Grundgesetz Rumäniens bleibt (Präambel), ihre Bestimmungen aber nur insoweit noch bindenden Charakter haben, als im *Statutul Desvoltător* nichts

anderes festgelegt wird (Art. 20). Die wichtigsten Änderungen bestanden darin, dass die Legislative zugunsten der Exekutive beschnitten und ein Zweikammersystem eingeführt wurde (*Senat* und *Adunarea electivă*). Die Gesetzgebung obliegt den beiden Kammern und dem Herrscher (Art. 2), wobei lediglich der Herrscher das Recht besitzt, Gesetze einzubringen (Art. 3). Er ernennt auch den Präsidenten der *Adunare electivă* (Art. 4) und die Hälfte der Mitglieder des Senats (Art. 7). Gleichfalls am 3. Juli 1864 trat ein neues Wahlgesetz in Kraft, das den Kreis der Wahlberechtigten erweiterte. Im Bereich der Judikative wird gegenüber der *Convențiune* von 1858, in der die Unabsetzbarkeit der Richter nur für die höchsten Ämter (*Înaltă Curte de Justiție și de Casațiune*) garantiert (Art. 38) wurde, da die Donaufürstentümer noch nicht über genügend gut ausgebildete Juristen verfügten, dieses Prinzip durch ein neues Gesetz (*Legea pentru organizarea judecătorească*) weiter ausgedehnt (Focșeneanu 1998:24).

Die erste rumänische Verfassung in modernem Sinne ist die *Constituțiune* von 1866. Ihr Text ist das Ergebnis der Verhandlungen einer neu gewählten verfassungsgebenden Versammlung (*Adunare constituantă*), die im April 1866 zusammengetreten war. Nachdem der Fürst der Moldau und der Walachei, Alexandru Ioan Cuza, im Februar 1866 gestürzt worden war, hatte eine aus drei Mitgliedern bestehende „locotenența domnească“ (eine Art dreiköpfige Regentschaft) im März Wahlen zu einem neuen Parlament verfügt. Nachdem Prinz Philipp von Flandern, ein Mitglied der regierenden belgischen Dynastie, es abgelehnt hatte, zum Fürsten der Moldau und Walachei proklamiert zu werden, wurde dem katholischen Prinzen Karl Ludwig von Hohenzollern-Sigmaringen diese Würde angetragen. Er wurde als Carol I. zum neuen Herrscher in den Donaufürstentümern. Nachdem Carol I. im Parlament seinen Eid als „domn constituțional“ abgelegt hatte, verabschiedete die verfassungsgebende Versammlung am 29. Juni/11. Juli die neue Verfassung, die am 1. Juli 1866 in Kraft trat. Sie orientiert sich stark an der belgischen Verfassung vom 7. Februar 1831, die als eine der liberalsten Verfassungen Europas galt. Der Verfassungstext sichert dem Herrscher (ab 1881 König) eine starke Stellung. An keiner Stelle wird die Oberhoheit des Osmanischen Reiches erwähnt, dem die Donaufürstentümer bis zum Berliner Kongress 1878 immer noch – zumindest nominell – unterstanden. Die Verfassung von 1866 hatte bis 1923 Geltung, wurde allerdings mehrmals (1879, 1884) in einigen Punkten revidiert. Zum einen musste laut Artikel 44 des Berliner Vertrags, durch den Rumänien souveräner und unabhängiger Staat wurde, der Artikel 7 der Verfassung revidiert werden. Nicht ohne heftige Debatten und Widerstände wurde der Text schließlich dahingehend umformuliert, dass auch „Fremde“, die einen nichtchristlichen Glauben hatten, rumänische Staatsbürger werden konnten. Durch die alte Regelung konnte zahlreichen Juden in der Moldau die rumänischen Staats-

bürgerschaft verweigert werden. Eine Verfassungsreform im Jahre 1884 betraf das Wahlrecht. Problematisch war weiterhin, dass die Verfassung in einigen Punkten der *Convențiune de la Paris* zuwiderlief. Beispielsweise lautete der offizielle Name des Staates nun „România“ (Art. 1) und nicht mehr „Principautés Unies de Moldavie et de Valachie“. Die Unteilbarkeit des Landes (Art. 1) wurde festgelegt, und desgleichen, dass die Staatsform eine erbliche Monarchie und keine Wahlmonarchie mehr war (Art. 82), wie es die Pariser Konvention vorgesehen hatte. Wenn die Pariser Garantiemächte – zum Teil mit Genugtuung, zum Teil mit Missbilligung – dennoch das *fait accompli* der neuen Verfassung akzeptierten, so geschah dies laut Focșeneanu (1998:32–33) deshalb, weil auch die Pariser Konvention Verfassungsrevisionen ermöglichte und das Zustandekommen der neuen demokratischen Verfassung als eine Revision der Pariser Konvention interpretiert werden konnte.

## V. MATERIALGRUNDLAGEN UND MATERIALGESTALTUNG

Für die Untersuchung der Geschichte politischer Begriffe mit Schwerpunkt im 19. Jahrhundert kommen in den südosteuropäischen Ländern als Quellen die ständig sich erneuernde Gesetzgebung (Gesetzbücher, Verordnungen, Erlässe, Verfassungen), das neu entstehende Pressewesen, politische Programme und Proklamationen, die Memorialistik und eventuell Reisebeschreibungen in Frage. Als länderübergreifende begrifflich vergleichbare Primärquelle gehen wir von der ersten modernen Verfassung (1866) aus, deren Grundbegriffe wir konzeptuell und wortgeschichtlich retrospektiv analysieren. Dafür ziehen wir die eben erwähnten zeitlich davor oder simultan liegenden Quellen heran. Genauer untersucht werden daher folgende Texte (hier in rückläufiger chronologischer Reihenfolge):

- *Constituția din 1 Iulie 1866*
- *Statutu desvoltătoriu Convențiunei din 7/19 Augustu 1858* (1864)
- *Convențiune pentru organizarea definitivă a Principatelor-Unite-Române* (1858)
- *Constituțiunea republicană a Franței* (erschieden in vier Folgen in den *Foaie pentru minte, inimă și literatură* am 3.1., 10.1., 24.1. und 31.1.1849)
- *Manifestul Țărei Române (Proclamație da la Islaz, Juni 1848)*
- *Raporturile românilor cu unгурii și principiile libertății* (Rede von Simion Bărnuț, 2./14. Mai 1848)
- *Petiția-proclamațiune în numele tuturor stărilor Moldovei* (vom 27. März 1848)
- *Ce sânt meseriașii români?* (cf. Iscriu 1997:191 und Bodea 1982, vol. 1, Text 108)

- *Proiect de Constituție* von Ion C. Câmpineanu (1838)
- *Regulamentul organic al Valahiei* (1831)
- *Cererile cele mai însemnătoare ce se fac din partea obștiei Moldoviei în atocmire cu cele cuprinse prin obșteasca jalbă sa, trimisă către prea înaltul Devlet ... (Constituția cărvunarilor, 1822)*

Eine Fülle zusätzlicher Vergleichstexte findet sich in den Zeitungen/Zeitschriften der vierziger Jahre *Propășirea*, *Curier romanesc* und *Gazeta de Transilvania* und in den Bänden von Cornelia Bodea *1848 la Români*. Der Vergleich mit diesen Materialien ist insbesondere deswegen wichtig, weil Begriffsunterschiede und -nuancen und neue Termini nicht in den Grundgesetzen, sondern in der Publizistik erörtert werden. Allgemein sprachhistorisch sind folgende Phänomene zu beobachten:

- es entsteht ein neuer Wortschatz für bisher nicht bekannte Begriffe
- bestehende Wörter werden begrifflich neu gefasst
- für bestehende Begriffe werden neue Termini gebraucht
- es herrscht ein großer Synonymenreichtum
- alte und neue Terminologie variieren teilweise in den verschiedenen Fürstentümern
- aus verschiedenen Gründen (multiethnische Bevölkerung; Diglossieverhältnisse; Modellrolle des Französischen) werden für denselben Text mehrmals Paralleltexte in verschiedenen Sprachen verfasst

Für die Gestaltung der Begriffsbeschreibungen gehen wir von folgenden Hypothesen aus:

- Die staatspolitischen Begriffe stellen grundsätzlich Vorstellungen von Eigenschaften dar. Eigenschaftsbegriffe können in der Regel Komplexe bilden, deren Strukturen die Grundform haben: <Protonym vs. Antonym> und <Protonym → Antonym>, d.h. eine Begrifflichkeit besteht mindestens aus einem Paar von Antonymen und aus einer Transformativität, d.h. der Vorstellung, wie man von einem Antonym zum anderen kommt (kausative und inchoative Vorstellungen); hinzu können verschiedene Nuancen dieser Begriffe kommen.
- Eigenschaftsbegriffe können immer aktanziert werden (zum Beispiel setzen Eigenschaften immer einen Träger dieser Eigenschaft voraus, an Handlungen können verschiedene Personen teilnehmen)
- Die Lemmatisierung von Eigenschaftsbegriffen kann im Rumänischen als Substantiv, Verb oder Adjektiv geschehen, was zu bestimmten Aktanzierungsmöglichkeiten mit entsprechenden Kollokationen führt. Da wir von der Semantik ausgehen, ist die Lexemrealisierung z.B. des Konzepts „Freiheit“ an der Textoberfläche nicht an eine bestimmte Wortklasse gebunden,

d.h. im konkreten Text werden „Freiheit“ (Substantiv) wie auch „frei“ (Adjektiv) und „befreien“ (Verb) mit ihren jeweiligen Aktanzierungen in unsere Untersuchung mit einbezogen.

Für die konkrete Beschreibung der Begriffe gehen wir nach der folgenden Methode vor:

- Vergleich von Definitionen in größeren einbändigen aktuellen romanischen Wörterbüchern wie *Petit Robert*, *DEX*, *Zingarelli*, *Seco | Salamanca* und *Academia* (das, was dem gebildeten Bürger als allgemeine Kenntnis zugemutet wird).
- Versuch der Umschreibung des Begriffes vom Allgemeinen zum Spezifischen.
- Aktanzierung des Begriffes (Wer hat die Eigenschaft X unter welchen Umständen?) in seinen verschiedenen Nuancen (Synonymie).
- Im Gegensatz wozu steht der so umschriebene Begriff (Antonymie)?
- Transformativität des Begriffes (Wie kommt man zur Eigenschaft X?).
- Geschichtliche Entwicklung der Lemmatisierungen und Aktanzierungen.
- Allgemeine Schlussbetrachtung.

Es ist also wichtig, dass die Begriffe zuerst als solche genauer bestimmt werden und dass danach geschaut wird, ob und wie die Begriffe in ihren verschiedenen Nuancen in den Texten tatsächlich ab wann und wie lange verworret werden. Es geht uns nicht um ein möglichst exhaustives Erfassen von Belegstellen für die jeweiligen Begriffe und auch nicht um die Erfassung ihrer absoluten Frequenz. Die Untersuchung ist zuerst rein semantisch, dann onomasiologisch ausgerichtet. Da wir uns auf die soziale und politische Sphäre konzentrieren, wird die Untersuchung anderer Sphären ausgeschlossen. So werden bei dem Begriff „Freiheit“ Bedeutungen wie „attitude de quelqu'un qui n'est pas dominé par la peur, la gêne, les préjugés“ (*Petit Robert*) oder die häufige Bedeutung „Freiheit = Erlaubnis“ von rum. *slobozenie* (wie in „Întâmplându-se răsccoală sau vre o mare turburare ... între mădularele Obișnuitei Obșteștii Adunări, domnul ... va fi îndatorat a face îndată raportul său către [sic] Înnalta Poartă și către ocrotitoarea Curte, cerând voe și slobozenie de a putea strânge [mit der Bedeutung *einberufen*] o altă Obicinuită Obștească Adunare“, *Regulamentul Organic al Valahiei*, Artikel 53) nicht in Betracht gezogen.

Unsere Begriffsgeschichten situieren sich im Rahmen einer Mentalitätsgeschichte wie sie etwa Fritz Hermanns formuliert hat: „Eine *Mentalität* im Sinne der Mentalitätsgeschichte ist [...] 1) die *Gesamtheit* von 2) *Gewohnheiten* bzw. *Dispositionen* 3) des *Denkens* und 4) des *Fühlens* und 5) des *Wollens* oder *Sollens* in 6) *sozialen Gruppen*. Damit haben wir die Elemente der Bedeutung dieses Wortes beieinander“ (1995:77). Mit den großen Projekten von Brunner/



Conze/Koselleck und von Reichardt/Schmitt/Lüsebrink haben wir den ideentheoretischen bzw. soziohistorischen Blick gemeinsam, wir unterscheiden uns von ihnen durch die stärker kognitive, begriffsanalytische und linguistisch wortgeschichtliche Betrachtung. Im Gegensatz zu Bochmann und der Leipziger Gruppe streben wir keine stark listenmäßige Aufstellungen von Erstdatierungen und Gebrauchsfrequenzen von Lexemen und auch keine ideologisch ausgerichtete Interpretation an. Neu ist auch die Untersuchung von Verfassungen mit der entsprechenden Auswahl von Begriffen als Grundlage derartiger Untersuchungen. Wir stimmen mit den Ausführungen von Hermanns 1995 überein, dass Begriffe nicht alleine „der reinen, theoretischen Erkenntnis dienen“ (81), sondern auch eine pragmatische Funktion haben (Hermanns spricht von einer „deontischen Bedeutung von Lexemen“, einem „präskriptiven Anteil an der Wortbedeutung“, 84). Wie man im Falle der rumänischen Entwicklung des staatspolitischen Wortschatzes sehr gut sehen kann, werden „erst künftig zu erringende Positionen“ (Koselleck, in Hermanns 84) sprachlich vorformuliert, kondensiert und durch ständige diskursive Wiederholung angestrebt.

## VI. GRUNDBEGRIFFE EINER MODERNEN VERFASSUNG

Die Festlegung der Begriffe ist aufgrund der Untersuchung der *Déclaration des droits de l'homme et du Citoyen du 26 août 1789*, einiger Verfassungen (wie Frankreich 1791, Spanien 1812, Rumänien 1866, Mexiko 1917) und verschiedener staatsrechtlicher Werke (wie Stein, Ekkehart, *Staatsrecht*, Tübingen, Mohr, <sup>14</sup>1993; Rodríguez-Zapata, *Teoría y práctica del derecho constitucional*, Madrid, Tecnos, 1996) entstanden. Für diese Festlegung sind die textlinguistischen Kriterien für die Herausfindung von Themen (wie grammatische Subjektposition, häufige Pronominalisierung als Subjekt oder Objekt, präsentative Konstruktionen, Hyperonymiefähigkeit; cf. *LRL* Art. 36) angewandt worden. Aufgrund dieser Untersuchung schlagen wir folgende Auswahl von Begriffen mit folgenden entsprechenden Fragen vor:

1. *Die Grundbegriffe der Menschenrechte* (16 Begriffe, in der Anordnung, wie sie zuerst in der *Déclaration* vorkommen)

- ‚Rechte‘
- ‚Mensch‘
- ‚Bürger‘
- ‚Freiheit‘
- ‚Gleichheit‘
- ‚Gemeinnutz‘, ‚Gemeinwohl‘
- ‚Eigentum‘
- ‚Sicherheit‘

- ‚Widerstand‘
- ‚Souveränität‘
- ‚Nation‘
- ‚Gesetz‘
- ‚Allgemeiner Wille (volonté générale)‘
- ‚(freie) Meinung(säußerung)‘
- ‚öffentliche Gewalt (force publique)‘
- ‚(allgemeine) Steuer (contribution publique)‘

Wann, in welchen Medien, mit welchen Ausdrücken und mit welchen Semantismen sind diese Begriffe in den verschiedenen Ländern eingeführt worden?

Welche allgemeinen semantischen Tendenzen, Ähnlichkeiten und Unterschiede lassen sich feststellen?

## 2. *Der Begriffsgattung ‚Grundgesetz‘*

Wie werden die verschiedenen, aufeinander folgenden ‚Grundgesetze‘ genannt?

Welches ist die Geschichte dieser Benennungen?

## 3. *Die Begriffsgattung ‚Staatsgebilde‘*

Wie werden die verschiedenen, aufeinander folgenden Staatsformen genannt?

Welches ist die Geschichte dieser Benennungen?

## 4. *Verfassungstragende Begriffe* (ca. 61 Begriffe)

Es wurde hier eine Auswahl von Begriffen/Begriffskomplexen selegiert, die theoretisch in allen „modernen“ Verfassungen vorkommen könnten. Nicht alle Begriffe werden für alle Länder relevant sein, Leermeldungen sind aber für den Vergleich wichtig. Die nuancierte Ausformung von Begriffen kann von Land zu Land verschieden sein. Diese Nuancen sind ebenfalls für den Vergleich wichtig.

*Die Territorialität:* der Staatsname, das Vaterland, die territorialen Gliederungen (Provinzen, Kreise, Gemeinden usw.), die Hauptstadt, der Wohnsitz, die Grenze

*Die Bevölkerung:* das (Staats-)Volk, der Staatsbürger, der Ausländer, die Volljährigkeit, minderjährig, die öffentliche Meinung, der Pass, das (aktive und passive) Wahlrecht, die Wahlen, die Stimme, die Abstimmung, die Petition

*Die Insignien:* die Nationalflagge, das Nationalwappen, die Nationaldevisen, die Nationalhymne, die Währung

*Die Staatsgewalt:* die Gewalten, die Legislative, die Exekutive, die Judikative

*Die Vertreter der Legislative:* der Gesetzgeber, das Parlament/die Nationalversammlung/der Reichstag usw., die Kammer, der Senat, der Abgeordnete/der Vertreter, der Senator, das Mandat, die Immunität, die Partei, die Mehrheit, die Opposition, das Misstrauensvotum, der Ausschuss/die Kommission

*Die Tätigkeiten der Legislative:* die Sitzung, das Gesetz, veröffentlichen/promulgieren, ratifizieren, die Gesetzesinitiative, der Haushalt/das Budget

*Die Vertreter der Exekutive:* das Staatsoberhaupt, die Krone, der König, der Thronfolger, der Präsident, die Regierung, der Regierungschef/der Ministerpräsident/der Kanzler, der Minister, der Staatssekretär, der Ministerrat, der Staatsrat

*Die Ressorts:* das Ministerium, das Ressort Auswärtige Angelegenheiten, das Ressort Inneres, das Ressort Justiz, das Ressort Finanzen, das Ressort Verteidigung, das Ressort Bildung und Religion

*Die Judikative:* der Staatsanwalt, der Richter, das Gericht, das Appellationsgericht, der Rechnungshof, das Verfassungsgericht

*Die Verwaltung:* die Verwaltung, die Behörde, das Amt, der Beamte, die Geschäftsordnung, die Anordnung, der Dienst

*Die Ordnungsmacht:* die Polizei, die Nationalgarde, das Militär/das Heerwesen, die Armee, die Marine, der Oberbefehl, die Wehrpflicht

## VII. DIE ‚FREIHEIT‘: EIN UNTERSUCHUNGSBEISPIEL AUS DEN GRUNDBEGRIFFEN DER MENSCHENRECHTE

### *Einleitung*

Anthropologisch dürfte der Mensch zum Begriff der Freiheit über die Wahrnehmung der Verhinderung seiner Bewegungen, seiner Handlungsmöglichkeiten gelangen. Es gilt als Grundbegriff des Naturrechts: „The Right of Nature, which Writers commonly call *Jus Naturale*, is the Liberty each man hath, to use his own power, as he will himselfe, for the preservation of his own Nature“ (T. Hobbes, *Leviathan*, I, 14). Zu einer vertiefenden Erarbeitung des Begriffes ist es u.a. durch die vor allem theologischen Überlegungen über den freien Willen, die Willensfreiheit in Bezug auf eine vorausgehende oder begleitende Gnade gekommen. Dramatisch hat dieses Problem der spanische Schriftsteller Pedro Calderón de la Barca in seinem berühmten ersten Monolog des Segismundo in Theaterstück *La vida es sueño* (1636) in barocker Entfaltung vorgestellt. Der moderne politische Begriff der Freiheit wird im 18. Jahrhun-

dert von Montesquieu in seinem *De l'esprit des lois* (XI, 6; 1748) folgendermaßen definiert: „La liberté politique, dans un citoyen, est cette tranquillité d'esprit qui provient de l'opinion que chacun a de sa sûreté; et, pour qu'on ait cette liberté, il faut que le gouvernement soit tel qu'un citoyen ne puisse pas craindre un autre citoyen.“ Die politische Freiheit setzt also Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit voraus. Wenn man Gleichheit für alle postuliert wie spätestens seit der *Déclaration des droits de l'homme et du Citoyen* (1789), muss die individuelle Freiheit für alle gelten. Freiheit in diesem Sinne impliziert das Verbot der Sklaverei, impliziert aber auch aufgrund derselben allgemeinen Gleichheit eine konventionelle Selbsteinschränkung, denn die Durchsetzung allzu persönlicher divergierender Interessen kann leicht die Freiheit des anderen zu stark lädieren, wie die Autoren der *Déclaration* schon erkannten:

Art. 4: „La liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui ne nuit pas à autrui: ainsi l'exercice de droit naturel de chaque homme n'a de bornes que celles qui assurent aux autres membres de la société la jouissance de ces mêmes droits. Ces bornes ne peuvent être déterminées que par la loi.“

Art. 11: „La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme; tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté dans les cas déterminés par la loi.“

Im politischen Sinne ist also Freiheit kein ursprünglicher Zustand, sondern sie muss gelernt werden, wie es der rumänische Politiker Dimitrie Bolintineanu in seinem Buch *Cartea poporului român* („Das Buch des rumänischen Volkes“, 1869) verdeutlicht: „Libertatea se învață și se câștigă. Ea este unealta și urmarea progresului, dar cată să aibă un hotar, căci va fi totdeauna luptă între interesele obștești și interesele personale. Libertatea naște cu lumina.“

Nach dem rumänischen Politiker und Schriftsteller Ion Ghica ist eine Voraussetzung der Unabhängigkeit und Freiheit die Industrie, worunter er die Landwirtschaft, die Manufakturen und den Handel versteht: „Industria, din firea ei, este înaintealergătorul neatîrnării și a slobozeniei.“ (*Propășirea*, 27. 2. 1844)

Im nationalstaatlichen Diskurs haben dessen Urheber die Vorstellung der individuellen Freiheit auf die Vorstellung der Freiheit der Nation oder des Volkes übertragen, wodurch es zu Vorstellungen nationaler – also kollektiver – Unabhängigkeiten gekommen ist, die teilweise die individuelle Meinungsfreiheit oder die Freiheit von Minderheiten wieder ausschalten. In der Aktualität schränken unsere gesellschaftlichen Organisationssysteme unsere Freiheiten ein.

Wer in einer der verschiedenen Bedeutungen ‚unfrei‘ ist, wird versuchen, den Zustand der Freiheit zu erlangen, sich also zu befreien.

*Aktanzierung des Protonyms* („Freiheit“, „frei“)

1. *Bewegungsfreiheit*. Keiner hindert das Individuum sich physisch zu bewegen, wohin es will. Dies würde sozial bedeuten, dass das Individuum kein Sklave / Leibeigener ist, nicht an eine Scholle gebunden ist; staatspolitisch würde dies bedeuten, dass es sich nach seinem Willen im jeweiligen Staatsterritorium ohne Hindernisse bewegen kann. Hierhin gehört unter anderem auch die Versammlungsfreiheit, die Niederlassungsfreiheit, die Reisefreiheit, in einem weiteren Sinne auch die Handelsfreiheit. Antonymische Begriffe hierzu wären: Sklaverei, Leibeigenschaft, unberechtigte Festnahme oder Gefangenschaft. Wenn die individuelle Freiheit ein Ideal ist, dann wird X (= der Nicht-freie) versuchen, sich zu befreien / die Freiheit zu erkämpfen.

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

Românii se bucură de libertatea conștiinței, de libertatea învățământului, de libertatea presei, de libertatea întrunirilor (Art. 5)

Libertatea individuală este garantată. Nimeni nu poate fi urmărit de cât în cazurile prevăzute de legi și după formele prevăzute de ele. Nimeni nu poate fi oprit sau arestat, afară de cazul de vină veghiată, decât în puterea unui mandat judecătoresc motivat, și care trebuie să-i fie comunicat la momentul arestării sau cel mult în 24 ore după arestațiune (Art. 13).

Libera și neîmpiedicata întrebuițare a râurilor navigabile și flotabile a soselelor și altor căi de comunicare este de domeniul public (Art. 19).

2. *Gedankenfreiheit*. Keiner hindert das Individuum, dass das Individuum die Gedanken, die es hat, öffentlich äußert (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Lehrfreiheit), insofern es sich in den Grenzen der üblichen Moral hält. Antonyme hierzu dürften Zensur, Glaubenszwänge und Redeverbote sein.

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

Românii se bucură de libertatea conștiinței, de libertatea învățământului, de libertatea presei, de libertatea întrunirilor (Art. 5)

Libertatea conștiinței este absolută. Libertatea tuturor cultelor este garantată, întru cât însă celebrațiunea lor nu aduce o atingere a ordinii publice sau bunelor moravuri [...] (Art. 21).

Învățământul este liber. Libertatea învățământului este garantată, întru cât exercițiul ei nu ar atingea bunele moravuri sau ordinea publică (Art. 23).

Constituțiunea garantează tuturor libertatea de a comunica și publica ideile și opiniunile lor prin viu graiu, prin scris și prin presă, fiecare fiind răspunzător de abuzul acestor libertăți, în cazurile determinate prin codicele penal, care nici într'un caz nu va putea restrânge dreptul în sine (Art. 24).

3. *Handlungsfreiheit*. Keiner hindert das Individuum, so zu leben, wie es will. Allerdings sind auch hier die so genannten „guten Sitten“ zu beachten.

Die Nichtbeachtung würde zur Libertinage führen. Die politische Regelung davon ist die politische Freiheit (siehe oben die Definition von Montesquieu), wie sie in den modernen Verfassungen und in den Menschenrechten definiert wird.

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

Libertatea individuală este garantată. Nimeni nu poate fi urmărit de cât în cazurile prevăzute de legi și după formele prevăzute de ele. Nimeni nu poate fi oprit sau arestat, afară de cazul de vină veghiată, decât în puterea unui mandat judecătoresc motivat, și care trebuie să-i fie comunicat la momentul arestării sau cel mult în 24 ore după arestațiune (Art. 13).

Die Übertragung der politischen Freiheit auf Völker führt zu den Aktanzierungen:

4. *Nationale Unabhängigkeit: Selbstbestimmung.* Kein Volk / Nation hindert ein anderes Volk / Nation, so zu leben, wie es / sie will (Unabhängigkeit, „independență“ und „neatârnare“). Antonym hierzu wäre ‚Besetzung‘ durch eine fremde Macht.

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

[Pot fi scutiți de stagiou:] Acei cari au servit sub drapel în timpul resbelului pentru independență și cari vor putea fi naturalizați în mod colectiv după propunerea guvernului printr'o singură lege și fără alte formalități (Art. 7, §2, c).

5. *Staatliche Unabhängigkeit: Souveränität.* Kein Staat hindert einen anderen Staat, sich so zu regieren, wie er will (Souveränität, „suveranitate“). Antonyme hierzu wären ‚Fremdherrschaft‘ und in nuancierter Form ‚Suzeränität‘ (d.h. die Herrschaft eines Staates über einen halbsouveränen Staat), ‚Protectorat‘/‚Schutzherrschaft‘ (d.h. staats- oder völkerrechtliche Befugnis zur Ausübung von Schutz und von einem gewissen Maß an Aufsicht und Beeinflussung der inneren Angelegenheiten eines an sich fremden Gebietes).

Kein Beleg in der Constituțiune din 1 Iulie 1866

6. *Autokephalie.* Keine Kirche hindert eine andere (Teil-)Kirche, sich so zu gestalten, wie sie will. Antonym hierzu wäre die Unterordnung einer Kirche unter einen nicht gewünschten Patriarchen. Konkrete Antonyme wären in der katholischen Welt Gallikanismus vs. Ultramontanismus.

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

[...] Biserica ortodoxă română este și rămâne neatârnată de orice chiriarhie străină, păstrându-și însă unitatea cu Biserica ecumenică a Răsăritului, în privința dogmelor. [...] (Art. 21)

*Aktanzierung des Antonyms* („unfrei“, „Sklaverei“, „Leibeigener“, „Fronbauer“)

Einschlägige Belege aus der Constituțiune din 1 Iulie 1866

Pământurile foștilor clăcași, ale însurăteilor și ale locuitorilor cari au cumpărat, sau vor cumpăra în loturi mici proprietăți d'ale Statului, sunt și vor fi inalienabile, în timp de 32 ani, cu începere de la promulgarea acestei legi [...] (Art. 132).

*Aktanzierung der Transformativität* („befreien“, „sich befreien“)

Kein Beleg in der Constituțiune din 1 Iulie 1866

*Lexemisierungsmöglichkeiten*

Wie wir sehen, lässt sich der Begriff der ‚Freiheit‘ in verschiedenen Aktanzierungen näher beschreiben, die allerdings nicht alle bzw. nicht in ihrem vollen Umfange in der Verfassung von 1866 belegt sind. Vom lexematischen Standpunkt aus gesehen können diese Begriffe u.a. mit den Substantiven *slobozenie*, *slobozie*, *libertate*, *neatârnaire*, *independentă*, *iobăgie*, *sclavie*, *robie*, *dezrobire*, den prädikativen Substantiven *rob*, *sclav*, *iobag*, *clăcaș*, *șerb*, mit den Adjektiven *slobod*, *liber*, *neatârnat*, *independent* und den Verben *a libera*, *a slobozi*, *a dezrobi* ausgedrückt werden.

Laut Tiktin ist *libertate* kein rumänisches Erbwort, es ist zum ersten Mal 1812 im Rumänischen mit der Bedeutung ‚Freiheit, Unabhängigkeit‘ belegt. In den von uns vorgestellten Belegen wird *libertate* nur in diesem Sinn verwendet. Das „traditionelle“, auf ein slavisches Etymon zurückgehende Wort *slobozenie* (erstmal schriftlich belegt 1563, das Adjektiv *slobod* im 16. Jahrhundert und das Verb *a slobozi* 1561) ist in der untersuchten Epoche an Bedeutungen ungleich reicher und umfasst neben der politischen Freiheit auch ‚frei‘ im ökonomischen Sinn, ‚frei‘ im Sinn von ‚hat die Erlaubnis‘, etc. *Libertate* hat heute *slobozenie* zur Bezeichnung der politischen Freiheit verdrängt, beim Ausbruch der Revolution von 1989 riefen die Leute auf den Straßen von Bukarest *libertate* und nicht *slobozenie*. Auch in der Verfassung von 1991 wird nur *libertate* verwendet. Die politische Modernisierung der rumänischen Länder im 19. Jahrhundert hat sich auch auf lexikalischer Ebene vollzogen. Zum einen wurden Lexeme romanischen Ursprungs eingeführt (wie z.B. *libertate*), zum anderen wurde der nicht-lateinische Wortschatz substituiert oder die Bedeutung nicht-lateinischer Lexeme wurde verengt (wie z.B. eben bei *slobozenie*). Diese Entwicklung ist an den untersuchten Texten gut sichtbar. In dem Gedicht von Vasile Alecsandri *31 ianuarie 1844*, in dem er die Befreiung der *țigani* (Roma) lobt, wird sehr schön deutlich, dass das Konzept ‚Freiheit‘ um 1840 mit drei Lexemen unterschiedlicher etymologischer Herkunft ausgedrückt wird:

„Te slăvesc, o, zi fericire, sfântă zi de **libertate**,  
 [...]
 Tu, ce arăți ochilor noștri omenirea **dizrobită!**  
 [...]
 Dar românul cu-a sa mînă rumpe lanțul de robie  
 Și țiganul, **slobod** astăzi, se deșteaptă fericit!  
 [...]
 Căci la glasul **libertății** văd Moldova deșteptată  
 [...]
 Brățul tău care sfărîmă astăzi jugul de robie  
 Însăși ție pregătește viitor de **libertate**“  
 (*Propășirea*, 6. 2. 1844, 31 ianuarie 1844, suplement extraordinar)

### *Kommentar*

#### *Aktanzierung I: Bewegungsfreiheit*

Der Begriff der persönlichen Freiheit dürfte sich im rumänischen Kontext zuerst als Befreiung von Steuern und von Frondienst entwickelt haben, wie aus der untergegangenen Bedeutung des Wortes *slobozie* („Steuerbefreiung“ bzw. „von allen Lasten befreites Kolonistendorf“) laut Candrea / Adamescu (s.v.) zu entnehmen ist:

„(cuvînt și sens dispărut) Scutire de ori-ce dări acordată locuitorilor unei slobozii“

„(cuvînt și sens dispărut) Colonie de țărani adunați din diferite locuri, în spec. fugari, și care au fost scutiți de dări“.

Deshalb kann der Siebenbürger Gheorghe Bariț am 15. März 1848 die Freiheit als das Aufhören aller Frondienste deklarieren:

„Casa Deputaților decretă, tot în 15 [martie] [...] că îndată din minutul introducerii legii descumpărătoare vor înceta *toate* robotele, iobagii nu vor mai fi iobagi, ci oameni liberi, pentru că proprietarii vor lua despăgubirea *de la stat*.“ (Gh. Bariț, *Gazeta de Transilvania*, 15. März 1848, bei C. Bodea, Text 99: 398).

Die allgemeine Abschaffung der Leibeigenschaft und der Frondienste hatte die Moldau schon 1749, also früher als Frankreich und Deutschland durchgeführt, wie Kogălniceanu in seinem bekannten Artikel *Dezrobirea țiganilor* stolz berichtet:

„În adevăr, precum Moldova, încă la anul 1749, și-au slobozit lăcuiitorii, până atunce lipiți pămîntului supt nume de *vecini*, cînd Franția, la anul 1789, și Germania, la 1812, avea încă șerbi (*serfs, Leibeigene*), tot așa și acum patria noastră, dezrobindu-și țiganii, sfințește principiul că toți oamenii se nasc și sînt slobozi, în vreme cînd coloniile Franției și multe staturi republicane a Unirii



Americane de Nord gem de milioane de negri împilați, în vreme când robia încă, în adunările legislative, a acestor țări, numeră atîta partizani!“ (*Propășirea*, 6. Februar 1844, „Dezrobirea țiganilor“).

Was noch fehlte, war die Befreiung der Zigeuner („Dezrobirea țiganilor“), die in verschiedenen Schritten vollzogen wurde. Eine erste Etappe dabei war die am 31. Jänner 1844 verwirklichte Befreiung der „țiganiî mănăstirești“ („von Klöstern abhängige Zigeuner“), „a căroro slobozenia are a se declara în una din viitoarele seanțe [sc. ale Adunării generale]“ (*Propășirea*, 6. Februar 1844, „Dezrobirea țiganilor“, supplement extraordinar). Zu diesem Ereignis publizierte die *Propășirea* ein *Suplement extraordinar* mit Texten von bekannten Schriftstellern: Mihail Kogălniceanu begrüßt dieses Ereignis als „un act care dă slobozenia unui popor întreg“. Und Vasile Alecsandri preist in seinem schon oben zitierten Gedicht den Tag als „sfântă zi de libertate“. Die Befreiung wurde kurz darauf auf die staatlichen Domänen ausgebreitet.

In anderen rumänischen Ländern (Transsilvanien, Walachei) bestanden dagegen die Leibeigenschaft und die Frondienste immer noch, so dass die Autoren der *Proclamație de la Islaz* ihre Abschaffung noch fordern müssen:

„Poporul român leapădă de pe sine neomenie și rușinea de a ține robi și declară libertatea țiganilor celor particulari“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 536).

„Claca dar și acea infamă iobăgii se desființează, lucrarea la lucrul drumilor se desființează, săteanul fără pămînt se face proprietar și tărie neînvinșă celor mai avuți în folosul tutulor și în paguba nimului; vistieria va despăgubi pe toți“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 535).

Zur Bewegungsfreiheit gehört auch die Befreiung derjenigen, die zu Unrecht inhaftiert sind:

„Poporul cere [...] 1. b) Ca cei ce s-au prins de la întroducerea sistemii teroristice din toate clasele soțietății, țărani, cetățani, învățați ș.a., să se sloboază îndată.“ (Protokoll der rumänischen Volksversammlung von Blaj/Blasendorf, in *Foaie pentru minte, inimă și literatură*, 3./15. September 1848, bei C. Bodea, Text 275: 908)

Die Garantie der individuellen Freiheit und der legalen Inhaftierung war schon von Cămpineanu gefordert worden:

„Slobozenia individuală este chiezășuită; nimeni nu va putea fi pîrît și arestuit decît în întîmplările prevăzute de legi, și după formele ce ele hotărăsc; nimeni nu va putea fi pedepsit fără d-a fi mai întîi judecat“ (Cămpineanu, 1838, bei Bodea, Text 28: 124).

Sie wird dann offiziell durch das Strafgesetzbuch von 1864 (cart. II, tit VI, cap. III, „Despre mijlόμεle de a asigura libertatea individuale în contra închiderilor nelegali sau altoru acte arbitrare“, Art. 587 ff.) für die Vereinigten Fürstentümer sanktioniert.

Zur Bewegungsfreiheit gehört schließlich auch die Berufs- und die Handelsfreiheit. Diese wird schon in der so genannten *Constituție cărvunarilor* unter Punkt 13 gefordert: „Lucrare pământului în tot chipul, meșteșugurile, deschiderea de fabrici de orice trebuință precum și alcătuirea (sic) de iscusinți cele nevinovate și tot felul de negustorie să fie neoprită în pământul Moldovei, slobode fiind produsele pământului de orice fel a trece și peste hotar, afară din țară, spre folosul alișveriușului țarei [...]“.

Der *Regulament organic* der Walachei von 1831 bestimmt unter Artikel 90, dass jeder Handwerker mit Patent sich im ganzen Fürstentum frei bewegen könne:

„Orice meșter, daca [sic] nu va fi din vreo clasă din cele apărute pe dajdie, va plăti pe an o dare pentru patentă și numai în puterea aceștii patente se va folosi de toate drepturile unui meșter și va putea să uneltească slobod a sa meserie peste toată întinderea Prințipatului [...]“.

Ion Ghica berichtet in einem Artikel von 1844 über die „slobozenie de comerț“ in Deutschland und schlägt daher eine Zollunion zwischen der Moldau und der Walachei vor, die eine freie Bewegung von Waren erlauben würde:

„Lemnele trec și acum foarte slobod; toată lemnăria de construcție din Brăila este de pe Bistriță, și lemne de stejar mari s-au vîndut anul acesta în Galați, aduse tocmai din susul Oltului fără oprire“ (*Propășirea*, 2. Jänner 1844).

Ähnliche Vorschläge finden sich schon in den anonymen *Cereri* von 1829 für eine mögliche Vereinigung von Moldau und Walachei:

„5. Negoțul acestor două întrupate provincii să fie de tot slobod.“ (Bodea, Text 18: 84).

### *Aktanzierung 2: Gedankenfreiheit*

In den rumänischen Ländern herrschte wie anderswo eine staatliche Zensur. Deshalb fordern Iorgu Sturdza, C. Gheorghe Cantacuzino und Gheorghe Sion in einer in der *Gazeta de Transilvania* vom 12. April 1848 erschienenen Petition ihre Aufhebung: „ridicarea censurei în privirea tuturor trebilor și a intereselor dinlăuntrul țării“ (zit. nach Bodea, Text 93: 361). Ebenfalls im selben Jahr geht von Bariț der Appell an Schriftsteller und Publizisten, sich mit ihrem Namen zu deklarieren:

„Deci curagiu, domnilor literați și publiciști, ieșiți la lumină, subscrieți-vă, pentru ca și opinia publică știind cu cine are a face, atît mai curînd, să ia și la noi o formă solidă, sănătoasă.“ (Gh. Bariț, *Foaie pentru minte, inimă și literatură*, 22. März 1848, bei C. Bodea, Text 100: 400–401)

Einen ähnlichen Appell zur Freiheit von mündlicher und schriftlicher Äußerung hatte schon Cezar Bolliac 1846 in der *Foaie pentru minte, inimă și literatură* lanciert:

„să facă ca totalitatea acestor cetățeni în adevăr liberi, să se împărtășească de cele mai înalte interesuri ale Statului lor (...) și în sfârșit, să facă vorbirea și scrisul – care sînt expresia cugetării, espresia omului născut a fi liber – să zboare fără stavili“ (Cezar Bolliac, bei C. Bodea, Text 30: 293).

Aufgrund ihrer häufigen Wiederholung um das Jahr 1848 dürfte die Meinungsfreiheit vor allem als „Pressefreiheit“ aufgefasst und angestrebt worden sein (cf. z.B. „Libertatea tiparului“ in Bodea, Text 136, 534; „tipariul slobod“ bei Bodea, Text 277: 916). Gheorghe Bariț schreibt in der *Foaie pentru minte, inimă și literatură* vom 22. März 1848 einen Aufsatz über *Unele idei practice despre libertatea tipariului*. Er gibt dabei zu, dass die Beschränktheit der Presse nicht nur auf die Zensur, sondern auch auf eine unterentwickelte Bildung zurückgeht:

„Dacă însă tocma noi românii nu ne puturăm folosi de tipariu după dorință, pricina să o căutăm numai pe ½ în censură, iar cealaltă o vom afla de-a dreptul în gradul culturai noastre școlastice și familiare;“ (bei C. Bodea, Text 100: 400).

Die Forderung nach allgemeiner Meinungs- und Äußerungsfreiheit wird von den Autoren der *Proclamația de la Islaz* explizit formuliert:

„Popolul român decretă tipar liber, cuvîntare liberă, adunări libere, spre a vorbi, a scrie cele de folos, spre a arăta adevărul.“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 533–541).

Die Zensur wird in den Vereinigten Fürstentümern durch das Pressegesetz von 1862 abgeschafft, in Ungarn übrigens schon 1848 (cf. Diaconovici, s.v. *censura*).

In Erwartung der baldigen politischen Neugestaltung der Donaufürstentümer wird der Aspekt der freien Stimmabgabe bei den Wahlen aktuell, deren Störung daher strafrechtlich sanktioniert wird:

„În lipsa inițiativei ministerului public zăce alegători întruniști vor ave drept de a porni proțes criminal: (...) toți acei carii ar fi turburat operațiile electorale și ar fi jignit libertatea votului prin uneltiri viclene, prin silnici sau amenințări“ (*Convenția pentru organizarea definitivă a Principatelor Dunărene Moldova și Valahia*, 7./19. August 1858, Annex Nr. 2, *Stipulations électorales*, Artikel 21).

„Dacă prin vuiete sau demonstrațiuni amenințătoare în localul alegerilor sau în jurul său, s-ar fi încercat a se atinge exercițiul dreptului electoral și libertatea votului, vinovații se vor pedepsi [...]“ (*Legea electorală* aus dem Jahr 1864, Artikel 30 in: *Statutul dezvoltător* vom 3./15. Juli 1864).

### *Aktanzierung 3: Handlungsfreiheit*

Fasst man die verschiedenen behaupteten Grundfreiheiten wie die gerade besprochenen Freiheiten der Bewegung und der Meinungsäußerung zusam-

men, kommt man zu einem allgemeineren Begriff der vermeintlich von der Natur des Menschen gegebenen oder von der zivilen Gesellschaft garantierten individuellen Freiheit eines jeden Menschen. Man spricht in diesem Kontext von Grundrechten, im Rumänischen von „libertății publice“:

„Popolul român voiește pace, voiește tărie, voiește garanția averilor sale materiale, morale și politice; [35] decretă dar gvardie națională, în care tot românul se naște al ei soldat, tot românul e un gvardian al fericirii publice, un garant al libertăților publice.“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 534)

Diese Grundfreiheiten kann man unterscheiden in eine „liberté civile“, d.h. „état de l'individu qui jouit de ses droits civils“ und eine „liberté politique“, d.h. „droit pour le peuple, les citoyens de se donner des lois directement ou par le choix des représentants“ (Petit Robert, s.v. *liberté*). Diese Unterscheidung klingt schon in der *Proclamația de la Islaz* an:

„Popolul, decretînd odată drepturile civile și politice ce le-a avut totdeauna tot cetățeanul, declară că tot românul e liber, tot românul e nobil, tot românul e un domn.“ (bei C. Bodea, Text 136: 537)

Um 1848 hat man jedoch von dieser grundlegenden Freiheit eher vage, ohne nähere Definition (wie: ‘alle Menschen werden frei geboren’) gesprochen:

„[...] principiul că toți oamenii se nasc și sînt slobozi [...]“ (*Propășirea*, 6.2.1844, „Dezrobirea țiganilor“, supplement extraordinar).

„ne vom sili din toate puterile noastre a lăți mezuinele și termenii libertății, a egalității și a frățietății pînă în cele mai ascunse unghiuri ale poporului nostru;“ (Gh. Bariț, *Foaie pentru minte, inimă și literatură*, 22. März 1848, bei C. Bodea, Text 100: 399)

Der Schriftsteller Cezar Bolliac kommentiert zehn Jahre später, dass man erst durch Bildung zum freien Bürger wird:

„Poesia [...] să facă proletarul cel necultivat, cel lipsit astăzi de cultură spirituală și de indestularea materială să se aridice prin educația generală la cetățeanul actual, la demnitatea de om; să facă ca totalitatea acestor cetățeni, în adevăr liberi, să se împărtășească de cele mai înalte interese ale Statului lor – de legislație, judiciarie și administrație – [...] să facă vorbirea și scrisul – care sînt espresia cugetării, espresia omului născut a fi liber – să zboare fără stavili;“ (Cezar Bolliac, *Poesia*, 1858, in Bodea, Text 73: 293)

#### *Aktanzierung 4: Nationale Unabhängigkeit: Selbstbestimmung*

Eine präzise Trennlinie zwischen Unabhängigkeit und Souveränität ist schwer zu ziehen. Ein ganz modernes Wörterbuch wie das *Diccionario del español actual* von Manuel Seco, Olimpia Andrés und Gabino Ramos (1999) erklärt mit Bezug auf den Staat das Wort *soberano* mit dem Synonym *independiente*. In den romanischen Sprachen bestehen die häufigen Kollokationen

frz. *guerre de l'Indépendance américaine*, it. *guerre d'indipendenza*, sp. *Guerra de la Independencia Española*, port. *as guerras de independência*, rum. *război de independență*, die sich vorzugsweise auf die nationalstaatlichen Befreiungskriege beziehen. Wenn wir von diesem reellen Sprachgebrauch ausgehen, dürfte der Begriff „Unabhängigkeit“ eher den Dynamismus dieser Eigenschaft ausdrücken und zugleich emotionsbesetzter sein, während der Begriff der „Souveränität“ die intendierte Eigenschaft eher als statisch darstellt und daher für eine staatsrechtliche Beschreibung geeigneter sein dürfte. Die Emotionalität wird deutlich, wenn die Freiheit als ein für das ganze Volk zu erringendes Gut dargestellt wird, wie es Florian Aaron, Professor für Geschichte am Colegiu național Sf. Sava in Bukarest in seiner *Idee repede de istoria Prințipatului Țării Rumânești* („Kurze Übersicht über die Geschichte des Fürstentums der Walachei“, 1837) in Bezug auf die Befreiungsbemühungen Mihails des Tapferen tut:

„Mai mult însă decât toți, rumânii din Țara Rumânească au plîns moartea cea fără vreme a lui Mihai. Născut aici în nește vremi nefericite, norocirea țării sale l-a adus ca să șază pe scaunul moșilor și strămoșilor săi. Dar duhul lor cel mare nu se putea mulțumi că se șază pe un scaun ocărit și să cîrmuiască o nație roabă. Ca un alt Temistoclu se sili ca să-și desrobească țara, să facă respectat scaunul rumănesc și să dea ă n mîna rumânilor puterea de a-și ținea vrednicia lor. El făcu inimile rumânilor priimitoare de simtimente înalte și duhul lor întreprinzător de lucruri mari. Cîntea, vrednicia, mîndria, patriotismul, slobozenia, acestea era ideile de care era absorbiți rumânii din Țara Rumânească în vremea cîrmuirii lui cei viteze. Din rumâni apăsați sub un jug greu, amorțiți printr-un dispotism nesuferit și degradați printr-o tiranie sălbatică, făcu oameni slobozi, făcu atîția eroi care dădură lumii probă de ceea ce poate o nație slobodă și cîrmuită de un prinț mare. Niciodată Țara Rumânească n-a fost mai slăvită și mai vrednică de respectul și cinstea altor staturi ca în vremea aceasta. Ca să îngrădească, să întemeieze slobozenia și să asigureze țării ferice vecinică, croi proiectul acel mare de a uni pe toți rumânii într-o putere. [...] Rumânii aibă a se mîndri cu eroul acestă care se luptă ca un leu pentru pricina cea sfîntă a desrobirii și a slobozeniei lor“ (Bodea I, Text 22: 100–101)

Die Autoren der *Proclamația de la Islaz* sehen die nationale Befreiung als eine durch Engel angekündigte sakrale Erlösung:

„Timpul mîntuirii noastre a venit; popoul român se deșteaptă la glasul trîmbiței îngerului mîntuirii și își cunoaște dreptul său de suveran. Pace vouă, pentru că vi se vestește libertate vouă!“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 533–541)

Wenn wir den Verlauf der nationalstaatlichen Unabhängigkeitskriege seit dem 18. Jahrhundert in Betracht ziehen, dann dürfte eine Voraussetzung der Souveränität die Selbstbestimmung sein, die sich Völker und Nationen aller-

dings durch Selbsterklärungen und Kämpfe hart erringen müssen, wie aus folgenden Beispielen erhellt:

„Norodul Moldavei, ca un norod ce din învechime și până astăzi a avut și are sfințit privilegiul *slobozeniei* și acela al volniciei de a se oblândui cu ocârmuitorul său și cu pravilele țarei sub umbrirea prea puternicei împărății careia este supusă, cere de a avea și folosința acestui privilegiu întru deplină legiuire cele căzute a dreptăței și în păzirea cele datornice a sa supuneri și a credinței sale către prea înaltul Devleat“ (*Constituția Cărvunarilor*, 1822, pontul 1)

„Rumânii iscăliți în actul de unire și de *independență* de la întâiu noemvrie o mie optsute treizeci și opt, declarînd în articolele patru și șase că se va redija un osibit act de numire și că asupra condițiilor ce s-ar înscrie într-însul să jure cel care va fi chemat la tron, hotărîm cele următoare: [...]“ (Câmpineanu, *Osibitul act de numirea suveranului rumânilor*, 5./17. November 1838 bei C. Bodea, Text 28: 123)

„art.1 Din zioa de astăzi și toată vremea ce va ținea războiul *independenței*, și în cîte vreme țara nu va avea [= va fi, Anmerkung von C. Bodea] înтерітă întemeiată prin alianțe și cetăți, puterea suveranului va fi dictatorială“ (Câmpineanu 5./17. November 1838 bei C. Bodea, Text 28: 123)

„art.6. Șase luni după recunoașterea *independenței* rumânilor de către toate curțile streine, și puterea dictatorială cu care este îmbrăcat suveranul rumânilor legiuit încetează, și suveranul va fi dator a promulga Constituția rumânilor așa după cum se află hotărîtă aci la vale: [...]“ (Câmpineanu 5./17. November 1838 bei C. Bodea, Text 28: 124)

„iar la amenințare de vreun război [alianțe] insuflă pe întreaga nație pentru apărarea *libertăței* și a *neatîrnărei* sale [...] toți fii ai unui popor păzitor de legile morale, înflăcărat de *libertatea* patriei, iubitor al semenului său, suferitor al străinului pînă unde suferă *independența* națională“ (G. Bariț, *Naționalitate*, 1844, in C. Bodea, Text 59: 248–249)

„15 martie fu zioa renașterii popoului ungaro-magiar, 15 martie fu zioa în care patria Ungariei salută pentru întâia dată aurora *libertății*“ (Vasile Maniu, Rechtsanwalt und Deputierter, aus dem *Popolul suveran*, No 19, 16. August 1848, in C. Bodea, Text 271: 897)

„Însă Dumnezeu s-a îndestulat cu patimile popoarelor și a făcut să răsare zioa în care a învins dreptatea, și s-a făcut liber poporul, încît românul, atît magiarul, croatul ca sîrbul, și sunetul *libertății* pentru o clipită a alungat pe consiliarii (sfetnicii), cei răi a craiului“ (Appell von Lajos Kossuth an die Rumänen, Flugblatt, ursprünglich ungarisch, aber zeitgleich rumänisch, 10. Oktober 1848, bei C. Bodea, Text 280: 919)

Die Aktanten der Unabhängigkeit sind Völker oder Nationen, während die Aktanten der Souveränität die Staatsbürger als Staatsvolk bzw. die Staaten sind.

*Aktanzierung 5: Staatliche Unabhängigkeit: Souveränität*

Die *Constituțiune din 1 Iulie 1866* spricht nicht explizit über die Souveränität des Staates, die dieser ja 1866 noch nicht ganz hatte. Die Autoren des Textes haben sich darauf beschränkt, nur den eigenen Herrscher oder die Herrscher anderer Staaten als „suveran“ zu bezeichnen. Diese Bezeichnung taucht jedoch schon im Titel von Cămpineanus Verfassungsprojekt von 1838 auf: „Osibitul act de numirea *suveranului* rumânilor“ (Cămpineanu 5./17. November 1838 bei C. Bodea, Text 28: 123). Der Textzustand von 1866 hat sich auch trotz der Verfassungsänderungen von 1879 und 1884 erhalten. Allerdings wird 1866 auch die Hohe Pforte nicht mehr genannt, obwohl sie formal noch als souverän gelten dürfte, wie aus der *Convențiune pentru organizația definitivă a Principatelor-Unite-Române* (Art. 1: „Principatele Moldaviei și Valahiei constituite d’acum înainte sub numirea de „Principatele-Unite Moldavia și Valahia“, rămân puse sub suzeranitatea M.S. Sultanului.“) und aus dem *Statutu desvoltătoru Convențiunei din 7./19. Augustu 1858* (Präambel: „Convențiunea încheiată la Paris în 7/19 Augustu 1858, între Curtea Suzerană și Puterile garante autonomiei Principatelor-Unite, este și rămâne legea fundamentală a României.“) hervorgeht. Diese Bestimmungen sind nur indirekt entkräftet worden durch den Artikel 128 der Verfassung von 1866, der der Legislativen die Befugnis zur Verfassungsrevision einräumt, und durch den Artikel 129, der vorangehende Gesetze, die im Widerspruch zur neuen Verfassung stünden, abschafft. Die Abhängigkeit von der Hohen Pforte war den nach einem einheitlichen Staat strebenden Patrioten deutlich bewusst, sodass sie für den Rückkauf der Unabhängigkeit z.B. schon in den anonymen *Cererile ce ar fi putut face Valachia și Moldavia la un congres de prinți creștini pentru siguranța lor cea din afară și statornicirea cea din lăuntru* von 1829 eintreten:

„7. Prințipatu acestor întrupate provinții să fie de sine și neatîrnat de Turchia.

8. Pentru răscumpărarea neatîrării acestei provinții să se îndatoreze cîrmuirea [sic] locului a plăti Turchiei acum, odată pentru totdeauna, o sumă de bani, ale căreia capete să poată da pe fiecare an atîta dobîndă, cît era suma ce plătia mai nainte Porței aceste două provinții, împreună, supt nume de dajdie.“ (Bodea Text 18: 84).

Wie aus dem Zitat hervorgeht, basierte diese Abhängigkeit grundsätzlich auf einer Tributpflicht. Die Souveränitätseinschränkung war also auf jeden Fall eine wirtschaftliche. Wie aus den Forderungen dieser sich nicht näher definierenden Patrioten hervorgeht, betraf diese Einschränkung auch andere Aspekte der Innen- und Außenpolitik. Denn gleichzeitig zur Befreiung von den Tributen schwebt ihnen die moderne Staatsunabhängigkeit vor, die sich unter anderem darin äußert, dass ein Land über ein eigenes Heer, eigene Allianzen und eine eigene Währung frei verfügen kann:

„10. Cîrmuirea acestor întrupate provincii să fie slobodă a-și face cel puțin 25 000 de oaste regulată, după tactica evropienească, pentru paza sa cè din lăuntru și din afară, și o flotilă măcar de 25 de vase întrarmate, iarăși evropienească, pentru siguranța negoțului său de pe Dunăre.

11. Cîrmuirea acestor întrupate provincii să fie slobodă a face aleanță seau a închie tractaturi de negoț cu oricine va vrea și i se va părea mai bine.

12. Să aibă dreptul de a tăie monedă de ce fel metal va voi, ca și celelalte Statuiri slobode. [...]

23. V. Că el [Prințul] și moștenitorii săi vor păzi neclintită neatîrnarea Statului, a Bisericeii sale și constituția monarhieii“ (C. Bodea, Text 18: 84–85).

In der *Proclamația de la Islaz* von 1848 wird das Volk als der Souverän ausgerufen:

„Timpul mîntuirii noastre a venit; popoul român se deșteaptă la glasul trîmbiței îngerului mîntuirii și își cunoaște dreptul său de *soveran*. Pace vouă, pentru că vi se vestește libertate vouă!“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 533).

„Popoul român, după vechile sale drepturi, voiește ca Domnul, în care este personificată *soveranitatea* acestui popol, să fie tare prin dragostea publică, drept, luminat, voitor de bine patriei, bărbat întreg și, ca să-l poată afla la alegere astfel, decretă, după vechile sale drepturi, a-l căuta în toate stările soșietății, în toată nația, iar nu într-un număr mărginit de oameni.“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 533–541).

Ein souveränes Vaterland kann keine fremde Kontrolle erdulden: „[...] o patrie dreaptă, înfloritoare și care cu tot dreptul nu va mai putea suferi control străin“ (*Proclamația de la Islaz*, vom 9./21. Juni 1848, bei C. Bodea, Text 136: 534).

Der Begriff der Souveränität/Suzeränität ist in den Jahrzehnten vor der Vereinigung der Fürstentümer heftig debattiert worden. Einige der Großmächte, die nicht an der Erstehung eines neuen Staates im südosteuropäischen Raum interessiert waren, haben die Suzeränität der Hohen Pforte über die Donaufürstentümer betont, wie zum Beispiel im *Mémoire pour servir à l'appréciation des droits suzerains de la Sublime Porte sur les Principautés Moldo-Valaques, surtout par rapport à la réunion de ces provinces* (Vienne, De l'imprimerie impériale de la Cour et d'État, 1857). Die rumänische Seite dagegen hebt hervor, dass die Suzeränität der Hohen Pforte eine sehr spezielle war, wie es B. Boeresco in seiner Abhandlung *La Roumanie après le traité de Paris du 30 mars 1856* (1856?; Bucarest, Imprimerie de l'État, 1869) unterstreicht:

„Il est bien certain que la suzeraineté de la Porte ottomane n'a rien de pareil à la suzeraineté féodale de l'Europe centrale et occidentale. C'est un droit à part, qu'on ne peut axactement [sic] comparer à aucun autre et qui ne



paraît être que la traduction de l'ancienne *surprématie* réservée pas [sic] les Ottomans dans leurs premiers traités. Ce droit se réduit à deux points: supériorité de la Porte ottomane, tribut imposé aux nations roumaines.“ (7)

Mihail Kogălniceanu verkündet dann im Zuge des russisch-türkischen Krieges in der Parlamentssitzung vom 9. Mai 1877 einseitig die volle Unabhängigkeit des rumänischen Staates:

„Domnilor, și Camera și Senatul, la interpelările domnilor Stolojan și Fălcoianu, au recunoscut că sîntem în stare de rebel, au recunoscut că sîntem dezlegați de legăturile noastre cu Înalta Poartă și că acele legături sînt rupte mai întîi de către Înalta Poartă. Aceste două voturi au hotărît situațiunea și numai aveau nevoie de un comentariu mai mare. În stare de rebel, cu legăturile rupte, ce sîntem? Sîntem independenți; sîntem națiune de sine stătătoare. (*Aplauze.*) Avem domn de sine stătător. (*Aplauze.*) Însă, domnilor, aci se oprește travaliul nostru? Aci se oprește misiunea noastră? Am ajuns la scopul urmărit nu de azi, ci, pot zice, de secole, și mai cu deosebire urmărit de la 1848 încoace? Mai întîi de toate, domnilor, să ne facem întrebare: ce am fost înainte de declararea resbelului? Fost-am noi dependenți către Turcia? Fost-am noi provincie turcească? Fost-am noi vasali ai Turciei? Avut-am noi pe sultanul ca suveran? Străinii au zis aceasta; noi nu am zis-o niciodată. Noi nu am fost vasali. Sultanul nu a fost suzeranul nostru. Însă, era ceva: erau niște legături *sui generis*; niște legături cari erau slabe cînd românii erau tari; niște legături cari erau tari cînd românii erau slabi (*Aplauze generale.*)“ (*Discurs asupra declarării „independenței absolute a României“*, 9. Mai 1877)

Darauf wurde eine Resolution angenommen, durch die der Abbruch des Vasallitätsverhältnisses bestätigt wird. Am 10. Mai wird die Resolution auch vom Senat angenommen und von Carol I. unterzeichnet. Die internationale Anerkennung kam erst durch den Berliner Kongress von 1878. Die vom rumänischen Parlament intendierte Souveränität dürfte die Aspekte der Selbstregierung und der Selbstversorgung impliziert haben.

Eine moderne ausführliche rumänische Besprechung des Begriffes bietet George Alexianu in seinem Handbuch *Dreptul constituțional* von 1926 (Kap. 2, 2).

#### *Aktanzierung 6: Autokephalie*

In einem laizistisch organisierten Staat wie er seit den modernen Verfassungen gestiftet wird, wird die Kirche grundsätzlich nicht als eine staatliche Institution betrachtet. Dennoch spielt sie in vielen Nationalstaaten eine nationbildende Rolle, denn wie der rumänische Patriarch Miron Cristea bei den Debatten über den zu erstellenden Text des Artikels 22 der Verfassung von 1923 behauptete: „Biserica noastră a plămădit sufletul românesc, sufletul acestui popor, l-a hrănit în cursul veacurilor și mai presus de toate, iar are

mândria de a spune tutulor, că a creat chiar sufletul unitar al neamului românesc!“ (Lascarov-Moldovanu/Ionescu 1925: 172).

Es ist daher verständlich, wenn die Rumänen in ihren Bestrebungen, sich ganz unabhängig zu machen, versucht haben, auch ihre Hauptkirche, die orthodoxe, von der Abhängigkeit von Konstantinopel zu lösen. Dieser Wunsch wird explizit schon in den bereits oben erwähnten anonymen politischen *Cere-ri* von 1829 geäußert:

„14. Biserica acestor întrupate provinții să rămîie de tot neatîrnat de Biserica cea mare a Țarigradului și să se cîrmuiască printr-un sinod local, de sine.

15. Mănăstirile din aceste două provinții, închinat după vremi de ctitorii lor la alte mănăstiri grecești de aiurea, să rămîie toate supt cîrmuirea sinodului local, și veniturile lor sau să se iè toate pe seama trebuințelor Statului, sau să se întrebuițeze după așezămînturile ce se coprink în chrisoavele cu care s-au închinat de ctitorii lor. [...]

23. V. Că el [prințul] și moștenitorii săi vor păzi neclintită neatîrnarea Statului, a Bisericii sale și constituția monarhiei“ (Bodea, Text 18: 85).

Dieser Wunsch wird dann Gesetz im *Decret organic pentru înființierea unei autorități sinodale centrale pentru afacerile religiei romane* vom 3. Dezember 1864 (zitiert nach der Sammlung von Bujoreanu):

„Art. 1 Biserica ortodoxă română este și remâne idependinte [sic] de ori-ce autoritate bisericească străină, întru tot se privesce organizarea și disciplina.

Art. 2 Biserica română, a căria unitate este reprezentată prin unu sinod general, continuă de a fi administrată de mitropolii și episcopii eparhioți cu ajutorul sinódelor de eparhi.

Art. 3 Unitatea dogmatică a sânteii religii ortodoxe române, cu biserica mare a resăritului o manține sinodul general al bisericii române prin consultațiuni cu biserica ecumenică din Constantinopoli.“

Der erste Artikel ist in Artikel 21 der Verfassung von 1866 mit kleinen Variationen eingeflossen. Die Organisation der autokephalen Kirche geht von dieser Verfassung und von einem von Carol I. erlassenen Gesetz vom 14. Dezember 1878 aus. Der ökumenische Patriarch von Konstantinopel erkannte die Autokephalie der rumänischen orthodoxen Kirche erst 1885 an.

Zur Geschichte der rumänisch-orthodoxen Kirche cf. Diaconovici s.v. *Ortodoxă, biserica* und Leb 1998.

#### *Kommentar zur Aktanzierung der Transformativität*

Eine Verfassung gibt grundsätzlich Status der Bürger (Eigenschaften wie Freiheit, Gleichheit usw.) und von deren Repräsentanten (Funktionen wie Präsident, Abgeordneter usw.) an. In ihr vermeidet man also, von Transformationen zu sprechen, die zu diesen Eigenschaften und Funktionen geführt ha-

ben. Daher haben wir die Kommentare zu diesen Transformationen in die Aktanzierungen 1 und 4 eingebaut.

*Schlusskommentar*

Die Freiheit und andere verfassungsmäßige Rechte, für die die aufgeklärte Elite gekämpft hat, sind vom Durchschnittsbürger in ihrer ganzen Tragweite häufig nicht sofort verstanden worden. Deswegen und auch wegen verschiedener konservativer Widerstände konnte ihre Umsetzung nicht immer rasch erfolgen, wie z.B. die Kritiken des Publizisten Cezar Bolliac in seinem Artikel *Libertate* von 1867 zeigen:

„Libertatea este rău înțeleasă în Romînia. Oamenii și-au făcut opiniunea lor despre libertate, astfel cum le-au spus oamenii acelei clase care singură e liberă, cînd poporul piere în robie.“ (Bolliac, vol. II, 190)

„Constituțiunea ea însăși este o literă moartă dacă nu avem totd’odată ceea ce face să o iubească și să o înțeleagă. Datinele sunt mai puternice decît legile.“ (Bolliac, vol. II, 189)

Ganz ähnlich drückt sich Dimitrie Bolintineanu in seinem Kapitel *Libertate* in *Cartea poporului român* (1869) aus. Und noch 1892 gibt der Publizist Anton Bacalbașa in seinem Artikel *Libertate și robie* folgende Definition von *rob* und von *liber*, in der er die faktisch immer noch herrschende Abhängigkeit der Landarbeiter von den Landbesitzern kritisiert:

„Dar să discutăm. Ce era un rob? Un om care aparținea *de drept* și *de fapt* proprietarului, un om fără pămînt și fără drepturi, un om care putea fi ucis fără ca stăpînul să aibă a da seama cuiva ... Ce-i un sătean liber? Un om care aparține *de fapt* proprietarului, un om fără pămînt și fără putință de a-și exercita puținele drepturi ce are, un om care poate fi ucis în bunăvoie, sigur că ucigașul nu va fi pedepsit dacă face parte din clasa stăpînurilor ...“

*Weiterführende Bibliographie zum Begriff ‚Freiheit‘*

- Brunner, Otto/CONZE, Werner/Koselleck, Reinhart, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart, Klett-Cotta, 1972–1997, s.v. *Freiheit*
- DEX 1996, s.v. *liber, libertate, slobod, slobozenie, slobozi*
- DLR, s.v. *slobod, slobozenie, slobozi*
- Reichardt, Rolf/Lüsebrink, Hans-Jürgen: *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, Heft 16–18, München, Oldenbourg, 1996, s.v. *Liberté*
- Sommer, Gerlinde/Westphalen, Raban Graf von, *Staatsbürgerlexikon. Staat, Politik, Recht und Verwaltung in Deutschland und der Europäischen Union*, München/Wien, Oldenbourg, 1999, s.v. *Freiheit*

## BIBLIOGRAPHIE

*Primärquellen*

Neben den verschiedenen Gesetzestexten haben wir als Primärliteratur noch folgende Werke verwendet:

- Bacalbaşa, Anton, *Scrieri alese*, Bukarest, Editura pentru literatură, 1965
- Bodea, Cornelia, *1848 La Români. O istorie în date și mărturii*, vol. I–II, Editura Științifică și Enciclopedică, București, 1982
- Bolliac, Cezar, *Opere*, Ausgabe von Andrei Rusu, Bukarest, Editura de stat pentru literatură și artă, s.a.
- Bujoreanu, Ion M.: *Colecțiunea legiuirilor României vechi și noi*, Bukarest, 1873–1885  
*Gazeta de Transilvania*, in Kyrilliza: Nr. 1, vom 12. März 1838, Nr. 2, vom 19. März 1838, Nr. 3, vom 2[5?, zweite Ziffer nicht lesbar], März 1838
- Invetiatoriulu Poporului*/Der Volks(be)lehrer, in Kyrilliza: Nr. 1, vom 12. Mai 1848, Nr. 2, vom 19. Mai 1848, Nr. 3, vom 26. Mai 1848, Nr. 4, vom 2. Juni, 1848, Nr. 5, vom 9. Juni 1848
- Propășirea. Foaie Științifică și Literară*, Iași 1844 (Studiu introductiv, note și comentarii de Paul Cornea. Ediție îngrijită de Mariana Costinescu și Petre Costinescu, București, Minerva, 1980)

*Sekundärliteratur*

- Alexianu, George, *Dreptul constituțional*, Bukarest, Socec [und] Co, 1926
- Andreev, M., *La réception du droit byzantin dans le droit des peuples balkaniques*, in: *Actes du IIe Congrès international des études du Sud-Est Européen* (Athènes, 7–13 mai 1970), vol. VI, Athen, 1981; 299–309
- Barnoschi, D. V., *Originile Democrației Române „Cărvunarii“*. *Constituția Moldovei dela 1822*, Iași, „Viața românească“, 1922
- Behring, Eva, *Rumänische Literaturgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Konstanz, Universitätsverlag, 1994
- Berindei, Dan, *Secolul al XIX-lea* in Fischer-Galați, St. / Giurescu, D. C. / Pop, I.-A., *O Istorie a Românilor. Studii Critice*, Cluj-Napoca, Centrul de Studii Transilvane, 1998; 194–217
- Bochmann, Klaus, *Der politisch-soziale Wortschatz des Rumänischen von 1821 bis 1850*, Berlin, Akademie Verlag, 1979
- Bochmann, Klaus, *Für ein Wörterbuch der politisch-sozialen Begriffe im Rumänischen von 1780 bis 1860* in: Holtus, Günter/Radtke, Edgar (edd.), *Rumänistik in der Diskussion. Sprache, Literatur und Geschichte*, Narr, Tübingen, 1986; 92–103
- Bulei, Ion: *Scurtă istorie a Românilor*, București, Meronia, 1996
- Candrea, I. Aurel / Adamescu, Gh., *Dicționarul enciclopedic ilustrat*, București, Editura „Cartea Românească“ S.A., 1926–1931
- Diaconovich, C., *Enciclopedia română*, Tomul I–III, Sibiiu, Editura și Tiparul lui W. Krafft, 1898–1904
- Fischer-Galați, St. / Giurescu, D. C. / Pop, I.-A., *O istorie a românilor. Studii Critice*, Cluj-Napoca, Centrul de Studii Transilvane, 1998

- Georgescu, Valentin Al., *La réception rumaine du droit byzantin et son contexte sud-est européen* in: *Actes du IIe Congrès international des études du Sud-Est Européen* (Athènes, 7–13 mai 1970), vol. VI, Athen, 1981; 257–279
- Giurescu, Constantin C. / Giurescu, Dinu C., *Scurtă istorie a românilor*, Editura științifică și enciclopedică, București, 1977; 222–275
- Göring, Katja / Klein, Horst G., *Rumänische Landeskunde*, Tübingen, Gunter Narr, 1995
- Gusti, Dimitrie (dir.), *Enciclopedia României. Volumul I. Statul*, București, Imprimeria Națională, 1938
- Hanga, Vladimir; *Die Rezeption des römisch-byzantinischen Rechtes in den rumänischen Fürstentümern. Theorien und Realitäten* in: *Actes du IIe Congrès international des études du Sud-Est Européen* (Athènes, 7–13 mai 1970), vol. VI, Athen, 1981; 281–297
- Hermanns, Fritz, *Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik* in: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus J./Reichmann, Oskar (eds.), *Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien*, Tübingen, Niemeyer, 1995
- Hitchins, Keith, *Rumania 1866–1947*, Oxford, University Press, 1994; 1–57
- Hitchins, Keith, *Rumania 1774–1866*, Oxford, University Press, 1996
- Huber, Manfred, *Grundzüge der Geschichte Rumäniens*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1973
- Iorga, Nicolae, *Istoria Românilor. Vol. VIII Revoluționarii*, Bukarest, 1938
- Iseru, G. D., *Istoria modernă a României*, București, Editura Nicolae Bălcescu, 1997
- Kolar, Othmar, *Rumänien und seine nationalen Minderheiten 1918 bis heute*, Wien [u.a.] Böhlau, 1997
- Lascarov-Moldovanu, A. / Ionescu, Sergiu D., *Constituțiunea României din 1923. Annotată cu desbateri parlamentare și jurisprudențe*, București, „Curierul Judiciar“, 1925
- Leb, Ioan Vasile, *Die rumänische orthodoxe Kirche im Wandel der Zeiten*, Cluj, Presa Universitară Clujeană, 1998
- LRL = Holtus, Günter / Metzeltin, Michael / Schmitt, Christian, *Lexikon der Romanistischen Linguistik*, Tübingen, Niemeyer, 1988
- Maxim, Mihai, *Principatele Române și Imperiul Otoman (1400–1878)* in: Fischer-Galați, St. / Giurescu, D. C. / Pop, I.-A., *O istorie a Românilor. Studii Critice*, Cluj-Napoca, Centrul de Studii Transilvane, 1998; 129–147
- Metzeltin, Michael, *Nationalstaatlichkeit und Identität. Ein Essay über die Erfindung von Nationalstaaten*, Wien, 3 Eidechsen, 2000
- Oroveanu, Mihai T., *Istoria dreptului românesc și evoluția instituțiilor constituționale*, București, Cerma, 1995
- Oțetea, Andrei (ed.), *Storia del popolo romeno*, Roma, Editori Riuniti, 1971
- Platon, Gheorghe, *Între imperiile otoman, austriac și rus (secolele XVI–XVIII)* in: Fischer-Galați, St. / Giurescu, D. C. / Pop, I.-A., *O istorie a românilor. Studii critice*, Cluj-Napoca, Centrul de Studii Transilvane, 1998; 148–167
- Pop, Ioan-Aurel, *Români și România. O scurtă istorie*, București, Fundația Culturală Română, 1998
- Pop, Ioan-Aurel, *Voievodatul Transilvaniei și părțile Vestice în sec. XII–XVI* in: Fischer-Galați, St. / Giurescu, D. C. / Pop, I.-A., *O istorie a Românilor. Studii Critice*, Cluj-Napoca, Centrul de Studii Transilvane, 1998; 75–128
- Pravilniceasca Condică* (1780), kritische Ausgabe unter Leitung von Andrei Rădulescu, Bukarest, Akademie der Wissenschaften, 1957
- Scorpan, Costin, *Istoria româniei. Enciclopedie*, București, Nemira, 1997

- Schmid-Rösler, Andrea, *Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg. Die Grenzziehung in der Dobrukscha und im Banat und die Folgeprobleme*, Frankfurt/Main, Lang, 1994
- Smeu, Georgeta, *Dictionar de istoria românilor*, Bukarest, Editura Trei, 1993
- Teutsch, Friedrich, *Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk*, Band II 1700–1815 *Von den Kuruzzenkriegen bis zur Zeit der Regulationen*, Hermannstadt, Krafft, 1907
- Tiktin, Hariton, *Rumänisch-deutsches Wörterbuch*, Neuausgabe von Paul Miron, Wiesbaden, Harrassowitz, vol. 1–3, 1986–1989
- Völkl, Ekkehard, *Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, Regensburg, Pustet, 1995
- Weithmann, Michael W., *Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident*, [u.a.:] Wien Verlag Styria, 1995

NB: In diesem Beitrag haben wir im Prinzip alle für Nicht-Romanisten wichtigen rumänischen Termini und Titel übersetzt. Belege für die Argumentation haben wir übertragen, sofern sie nicht vorher erklärt wurden.

PETREA LINDENBAUER, MICHAEL METZELTIN, HOLGER WOCHOLE

THE VOCABULARY DENOTING MODERN CIVILIZATION IN THE SOUTH-EAST OF EUROPE IN THE YEARS 1840–1870. THE VOCABULARY OF ROMANIAN CONSTITUTIONS

This paper examines the significance of modern constitutions for the development of the vocabulary of modern civilization in South-East Europe. First, the research in progress is described in its historical and methodological aspects. This description is followed by a survey of political, economical and social developments in Romania in the 19<sup>th</sup> century, which is a prerequisite for the comprehension of the complex modernization of the Romanian language. A survey of the history of legislation and public administration in the Romanian countries is given as well. This treatment of contexts led to the coining of a series of modern notions of public law serving as basic concepts for this study concerning the history of linguistics and mentality. A sample of the history of words being the result of this whole project is the elaboration concerning “liberty” in the Romanian countries.



